

Konferenzpräsident

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 K.M. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrunnstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 15. Dezember 1928

Nummer 100

Gauvorsteherkonferenz

Am 10., 11. und 12. Dezember tagte in Berlin eine Konferenz der Gauvorsteher und der Gaukassierer. Der Konferenzsaal des Verbandshauses hatte mit einem von Grün umrahmten Bilde unseres Joseph Seih eine würdige Ausschmückung erfahren.

Der zweite Verbandsvorsitzende, Kollege Krauß, ließ der eigentlichen Eröffnung einen nochmaligen Nachruf für den ersten Verbandsvorsitzenden vorausgehen, welcher von den Anwesenden ernst und ergötzt angehört wurde: In einem Augenblick tiefster Trauer tritt diese Konferenz der Gauvorsteher und der Gaukassierer zusammen. Der Verband der Deutschen Buchdrucker hat seinen besten Mann verloren! Joseph Seih, der zehn Jahre die Organisation mit bewundernswertem Geschick leitete, wird von uns allen, die wir mit ihm die Verantwortung für die Verbandsarbeit in dieser Zeit zu tragen hatten, gerade im jetzigen Augenblick schmerzhaft vermisst. Stehen doch Arbeiten unmittelbar vor uns so wichtiger Art, daß wir kaum wissen, ob wir die durch den Tod erzwungene Entbehrung seines Rates ausgleichen können. Wichtige Entscheidungen soll diese Konferenz fällen. Das Gewicht seines ganzen Einflusses wollte er aufbieten, daß diese Entscheidungen in dem von ihm als richtig erkannten Sinne ausfallen. Unausgesprochen besichtigte sich seine Gedanken damit und weit voraus auch mit den Aufgaben des bevorstehenden Verbandstags in Frankfurt a. M. Nun müssen wir ohne den bewährten Kapitän das Schiff weiter führen. Wir geloben, es in seinem Sinne zu tun! Wir wollen dabei auch ab und zu in seine guten, treuen Augen blicken, die nun erloschen sind und uns nur noch aus seinem Bild entgegenleuchten. Mögen sie uns Leitern für unser Handeln sein! Nichts mehr ist all den Worten des Dankes und der letzten Erhebungen des toten Freundes und Führers an dieser Stelle hinzuzufügen als die Versicherung des hier versammelten Funktionärkörpers der Organisation, daß das Vorbild von Joseph Seih uns stets gemahnen soll an ebenso treue Pflichterfüllung, wie er sie in langer Lebensarbeit für den Verband geübt hat. Ehre dem Toten und seinen Werken! Wir werden Joseph Seih ein unaussprechliches Gedenken bewahren. Eine halbe Minute wollen wir jetzt in stiller Trauer verharren. (Geschloß). Nun wollen wir wieder alle Kräfte anspannen, um weiter zu arbeiten, wo der Baummeister aufhören mußte!

Alsdann wurde vom Kollegen Krauß dem Kollegen Otto Teichmann in Raumburg, der jetzt gestorben ist, ein Nachruf gewidmet in Anerkennung der von dem Verstorbenen in mehr als 30 Jahren geleisteten Funktionärsdienste in unserm Verbands. Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß Kollege Tilsner, der Gaukassierer von Schleswig-Holstein, wieder habe zurückfahren müssen, weil die Gattin nach seiner Abreise plötzlich verstorben ist. Dem Kollegen Tilsner spreche die Konferenz ihr Beileid aus.

Kollege Krauß erwähnte hierauf, daß er durch den plötzlichen Tod des Kollegen Seih und die doppelten Trauerfeiern für den Verstorbenen zu einer näheren Vorbereitung für die Leitung der Beratungen nicht gekommen sei, aber zum Glück habe Kollege Seih schriftliche Dispositionen für die Arbeiten der Konferenz bereits getroffen.

Die dann vorgenommene Präsenzverlesung ergibt, daß die Gauvorsteher sämtlich anwesend sind, von den Gaukassierern fehlen drei wegen Unabkömmlichkeit; vertreten sind vollständig der Verbandsvorstand, die Redaktion, der Bildungsverband hat den Kollegen Dreßler delegiert, die graphischen Verbände sind einstimmig erst mit einem Vorsitzenden vertreten, die zwei anderen Verbände sind vorderhand noch durch wichtige Umstände abgehalten.

Es folgen Johann Mitteilungen des Verbandsvorstandes durch den Kollegen Krauß: Es war zunächst für den Monat Januar eine Gaukassiererkonferenz beabsichtigt zur Behandlung der betr. unserer Unterstützungseinrichtungen aufgeworfenen und auch in Einwendungen an den „Kor.“ schon mehrfach behandelten Fragen. Der Verbandsvorstand ist aber von dieser Ansicht abgekommen, weil es zweckdienlicher erscheint, den ganzen Fragenkomplex in einer Gauvorsteherkonferenz unter Hinzuziehung der Gaukassierer zur Erörterung zu stellen, wobei aus finanziellen Gründen die zweiten Vertretungen der größeren Gauen diesmal durch die Kassierer wahrzunehmen sind. Die jetzige Konferenz soll nur eine bestimmte Vorarbeit

für den Ende Juni 1929 in Frankfurt a. M. stattfindenden Verbandstag leisten, damit dort nicht wieder in zu wenig zu Verfügung stehender Zeit die schwierige und umfangreiche Materie durch die materielle Kommission bearbeitet werden muß und schließlich Beschlüsse zustande kommen, die bei weniger überprüfter Arbeit einen ausgereifteren Charakter tragen würden. Die Frage der Kündigung des Manteltarifs hat es dann angezeigt erscheinen lassen, die Gauvorsteherkonferenz frühzeitiger stattfinden zu lassen. Das plötzliche Ableben des Kollegen Seih zwingt nun auch, zur Situation im Verbandsvorstand Stellung zu nehmen. Die bevorstehenden Verhandlungen auf tariflichem Gebiet und ebenso wichtige Organisationsarbeiten lassen es immerhin fraglich erscheinen, ob das mit einem Vorsitzenden erledigt werden kann. Sodann wird von den Vorsitzenden berichtet über Beratungen, die von den ersten und zweiten Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und des Verbandes der Lithographen und Steindrucker gepflogen wurden über die strittigen Fragen in der Beibehaltung des Offset- und des Tiefdrucks von Angehörigen beider Organisationen. Das bekannte Tarifamtsurteil im Chemigraphengewerbe hat sowohl von unserer Seite wie auch von den Prinzipalen Protest erfahren. Die vier Vorsitzenden sind am 5. Oktober d. J. zu einem Abkommen geschritten, das beim Offsetdruck die bestehenden Verhältnisse anerkennt, beim Tiefdruck aber zu einer Regelung kommt, mit der die Mitglieder beider Organisationen zurecht kommen werden; im ganzen bedeutet dieses Abkommen eine bessere Regelung als die in der Schweiz getroffene. Nach kurzer Erläuterung einzelner Bestimmungen des Abkommens findet noch Anführung, daß eine Vorstand- und Beiratsführung in der Organisation der Lithographen und Steindrucker inzwischen dem Abkommen zugestimmt hat. Die Gauvorsteherkonferenz unseres Verbandes wird ebenfalls darum ersucht. Kollege Krauß ging hiernach auf Beswerden über örtliche Absperrungen ein, wobei besonders Berlin in Frage kommt; im weiteren auf besondere Unterstützungseinrichtungen usw. im Brandenburgischen Maschinenerverein, die zum Teil schon einmal die Gauvorsteherkonferenz im November 1926 beschloß. Der Standpunkt der Freizügigkeit darf unter keinen Umständen Beeinträchtigung erfahren. Die Gauvorsteherkonferenz vor zwei Jahren hat in ganz bestimmter Form sich gegen Zuschüsse von Sparten bei den Unterstützungseinrichtungen ausgesprochen. Das darf nicht umgangen werden dadurch, daß man die Beiträge freiwillig macht und demgemäß auch die Zuschußgewährung. Örtlich und zentral muß dagegen eingeschritten werden, um die Einseitigkeit im Verbands zu wahren, um nicht die schon durch Verbandstagsbeschlüsse ausgesprochene Absicht, mit dem Zuschußwesen in jeder Art Schluß zu machen, durchkreuzen und um nicht bei den anderen Sparten Nachahmung finden zu lassen, was jetzt wenigstens noch Einzelerscheinung ist. Kommen nun noch solche Handhabungen hinzu, wie neuerdings bei dem in Frage kommenden Verein, die als noch unzulässiger bezeichnet werden müssen, dann hat der Verbandsvorstand eingzugreifen, wie es in diesem Fall nach Erhalt einer Beschwerde geschehen ist. Auch noch so eigenartig gelagerte örtliche Verhältnisse können solche Besonderheiten nicht rechtfertigen. Der Verbandsvorstand hat deshalb eine Ansprache mit den Vorsitzenden fraglichen Vereins herbeigeführt und bei dieser Gelegenheit seine Meinung unzweideutig zum Ausdruck gebracht mit der Ankündigung, daß diese Vorgänge auf der Gauvorsteherkonferenz zur Sprache gebracht werden müssen.

Hierauf wurde in die Diskussion zu den gehörten Mitteilungen des Verbandsvorstandes eingetreten.

Das Offset- und Tiefdruckabkommen zeitigte nur einige Anfragen nicht prinzipieller Natur, daß einer befürchteten widerprüchsvollen Rechtsprechung durch zwei verschiedene Instanzen vorgebeugt werden müßte durch Schaffung übereinstimmender Festlegungen in den beiden zuständigen Tarifen. Das Abkommen wurde dann einstimmig angenommen; es hat folgenden Wortlaut:

Für Offsetdruck:

1. Die Vertreter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erkennen auf Grund der unter den freien Gewerkschaften vereinbarten Richtlinien an, daß der indirekte Flachdruck zum Organisationsgebiet des Verbandes der Lithographen und Steindrucker gehört.
2. An den in Buchdruckereien, die vorher keinen Flachdruck ausübten, zur Aufstellung kommenden oder schon stehenden

den Offset-Rotationsmaschinen sind neben Steindruckern auch gelernte Buchdruckmaschinenmeister zuzulassen.

Zur Ausbildung an diesen Maschinen und zu ihrer Bedienung sollen außer geeigneten am Orte arbeitslosen Steindruckern in erster Linie Buchdruckmaschinenmeister herangezogen werden, wenn solche durch Einführung des indirekten Flachdrucks arbeitslos werden. Vorherige theoretische und praktische Einführung in das Wesen des Flachdrucks ist erforderlich.

Während dieser Zeit darf die Entlohnung nicht geringer sein, als sie für den Betroffenen als Buchdrucker war.

3. Die Löhne und Arbeitsbedingungen für das gesamte Gebiet des Flachdrucks regelt der Verband der Lithographen und Steindrucker.
4. Buchdruckmaschinenmeister können nur durch Vermittlung des Verbandsvorstandes der Lithographen und Steindrucker auf Grund vorstehender Bestimmungen in den Flachdruck übernommen werden.
5. Bei Streitigkeiten über vorstehende Richtlinien entscheiden beide Verbandsvorstände gemeinsam.

Für Tiefdruck:

1. Die Bildherzeugung im Tiefdruck mit ihren ineinandergreifenden Berichtigungen gehört ausschließlich zum Organisationsgebiet des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe.
2. Der Druck im Tiefdruck ist Gemeinschaftsgebiet, und zwar dergestalt, daß organisatorisch für alle Maschinen in Buchdruckereien der Verband der Deutschen Buchdrucker, für alle Maschinen in lithographischen, chemigraphischen und Lichtdruckbetrieben der Verband der Lithographen und Steindrucker zuständig ist. In gemischten Betrieben hat gemeinsames Zusammenarbeiten stattzufinden, wenn nicht ein Zweig des Betriebes als weitaus überwiegend und maßgebend angesehen werden kann. In Zweifelsfällen entscheiden gemeinsam beide Verbandsvorstände.
3. In Buchdruckereien unterliegen die Tiefdruckmaschinen dem Deutschen Buchdruckertarif, in Steindruckereien, chemigraphischen Anstalten und Lichtdruckbetrieben dem Tarif für das Deutsche Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe.
4. Die Festlegung und Änderung besonderer tariflicher Bestimmungen für Tiefdruckmaschinen unterliegt gemeinsamer Beratung und Beschlussfassung beider Verbände. Diese Bestimmungen sollen in beiden Tarifen einheitlich gestaltet werden.
5. Der Gerichtsstand für tarifliche Streitigkeiten zu Ziffer 3 regelt sich in Betrieben, die vorwiegend Buchdruck ausüben, nach den Bestimmungen des Deutschen Buchdruckertarifs, in andern Betrieben nach den Bestimmungen des Tarifs für das Deutsche Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe.

In Sachen der örtlichen Absperrungen und der Vorgänge bei den Berliner Maschinenvereinen erfolgten die Ausfahrungen meistens zusammen; es kamen 22 Redner zum Wort. Hier muß aus diesem Umfange äußerste Zusammenfassung stattfinden, die aber der besseren Übersichtlichkeit wegen nach den beiden Beschwerdepunkten getrennt wird.

Gegen die Stadtgaue im allgemeinen wurde ausgeführt, reisende Kollegen könnten so nicht mehr in den größten Druckorten Kondition finden. Aber nicht nur die reisenden Kollegen hätten so mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, sondern auch Kollegen in kleinen Orten, die mit ihren Prinzipalen in Differenzen geraten und dann fast immer den Ort verlassen müssen, wüßten nicht, wohin sie sich wenden können. Umgekehrt betrachten es aber die Kollegen aus den Großdruckorten als Selbstverständlichkeit, daß ihnen in der Provinz die Tore offen stehen, sofern sie überhaupt hinausgehen wollen. Die Arbeitsnachweiserwerke sind oft diejenigen, von denen unglückliche Weisungen ergehen. Gegen die von Berlin behaupteten Absperrungsmassnahmen wurde ausgeführt, es sei nicht richtig, mit der Zahl der Arbeitslosen in einer Berufsart in Berlin Anfragen abzuweisen, die verhältnismäßige Zahl sei ausschlaggebend; in dieser Beziehung aber sehe es draußen manchmal auch gar nicht günstig aus. Berlin hätte immer Ausreden. Andererseits käme es vor, daß junge Kollegen mit Verwandten in Berlin leichter dort unterkommen. Die Kollegen draußen machen ihren Gauvorständen manches Mal zum Vorwurf, sie sitzen jeden herein, Berlin jedoch schließe

sch ab. Die Freizügigkeit muß unter allen Umständen gewahrt werden. Auf einer der letzten Gauvorsteherkonferenzen drohte schon ein Gauvorsteher, wenn Berlin in seiner Ablehnung so fortfahre, müßten die andern Gaue ebenso handeln. — Den Beschwerden allgemeinen Charakters wurde in der Hauptsache entgegengetreten, daß die Arbeitsnachweise jetzt meist städtische Einrichtungen seien, die Verwalter haben nach bestimmten Vorschriften zu verfahren, die obendrein von einer reichsamtlichen Stelle ausgehen. Wo da Grenzgebiete in Frage kommen, ergeben sich naturgemäß Schwierigkeiten, weil der Arbeitsnachweisverwalter sich eben nach seiner Ortschaft richtet. Den betreffenden Gauvorständen wird aber vorgeworfen, sie sperren sich ab, obwohl sie mit den beklagten Vorfällen nichts zu tun haben und nach wie vor für die Freizügigkeit sind. Es wurde aber betont, daß das vorgeschriebene Vorgehen bei dem Gauvorstand vor Annahme einer Kondition immer noch nachlässig erfolgt, sogar bei Umzügen mit Familie wird es zum Teil unterlassen. Deshalb sollte verlangt werden, daß bei Beantragung der Gewährung der Umzugsbeihilfe die Auskunftskarte von dem betreffenden Gauvorsteher beigelegt wird. Dann hat doch der Verbandstag in Berlin eine Verschärfung der Antragspflicht beschloffen; im „Korr.“ erscheinen ja auch sorgfältige Hinweise darauf. Auch auf gewisse Vorgänge bei den Prinzipal-Präsidenten wurde hingewiesen; was dort mit den sogenannten kollegialen Abkommen bereits in die Erscheinung getreten ist, verstoßt gegen die Freizügigkeit und bezweckt, im einzelnen das Streben nach höheren Löhnen zu unterbinden. Hier liegt eine Art der Auskunfterteilung vor, der entgegengetreten werden muß, zumal als Verstoß gegen § 4 Ziffer 9 des Tarifs. Vom Berliner Gauvorstand wurde gegenüber den Bemängelungen im allgemeinen erklärt, es habe ihm nicht vorgeworfen werden können, daß von Berlin aus einfach Abweisungen erfolgen. Heute habe sich ja gezeigt, daß auch in andern Stadtgaue nicht in jedem Falle bei der Auskunfterteilung im Sinne der Antragsregeln verfahren werden kann. Es ist gar keine seltene Erscheinung, daß gerade solche Firmen nach Arbeitskräften inferieren, wo es aus allgemeinen Gründen geboten ist, eine gewisse Warnung auszusprechen. Was aber draußen noch Einzelfälle sind, das verweist sich bei Berlin ganz bedeutend. Es ist nachzuweisen, daß in diesem Jahre bis zum Dezember 746 Kollegen von auswärts in Berlin haben anfangen und in Berlin bleiben können. Es sei in Berlin mit der Prinzipalität vereinbart worden, daß Umfragen in den Druckereien nicht gestattet sein soll, mit der Preisliste aber können die Arbeitsuchenden sich auf dem Arbeitsnachweis eintragen lassen, die reisenden Kollegen werden vom Gauvorstand auch darauf hingewiesen. Was in Berlin an besonderen Verhältnissen gar keine Seltenheit ist, sind im Reich doch nur Ausnahmen. In Berlin gibt es unter der großen Zahl von Druckereien eine nicht unbeträchtliche Zahl, von denen auch die Mehrheit der Prinzipale abruft. Es ist kaum zu glauben, wie häufig es eintritt, daß die Sozialbeiträge nicht abgeführt werden, sogar jahrelang nicht. Alle Kollegen sind da schon schwer gefährdet worden in ihren Invalidenrentenansprüchen. Die erkannten Gefängnisstrafen gegen die betreffenden Firmeneinhaber verbessern die Lage der solchermaßen geschädigten Kollegen nicht. Die Zahl der Druckereien, wo es notorisch mit der Lohnauszahlung schlecht bestellt ist, ist auch nicht gering. In solchen Fällen handelt der Gauvorstand doch nur verantwortungsbewußt, wenn er vom Anfangen in derartigen Druckereien abträt. Solche Firmen erhalten ja auch vom Arbeitsnachweis in Berlin keine Arbeitskräfte zuweisen; sie inferieren dann, und diejenigen Kollegen, die ohne anzufahren dort anfangen, fallen bestimmt herein, kommen dann aber manchmal zum Gauvorstand, um sich noch zu beschweren und gar Arbeitsgeld zu verlangen. Im weitern kann gesagt werden, daß die Berliner Druckereien am allermeisten inferieren, auch wenn die Zahl der Arbeitslosen über tausend hinausgeht. Durch Vortragen einzelner erkrankter Kollegen wird noch besucht, wie weit die Engagerungsliste von auswärtigen Arbeitskräften auf seitens anderer Firmen für einzelne Betriebsstellen geht; sogar vom Auslande sucht man Arbeitskräfte auf Probe einzustellen. Dagegen sind Vorfälle erhoben worden an offiziellen Prinzipalstellen, worauf in den „Mitteilungen“ der Berliner Prinzipale eine Mahnung erging vor unbesonnenen Einstellungen von auswärts ohne Prüfung auf Eignung usw. Dieser Schritt von Prinzipalseite war sehr notwendig, denn Hunderte von Geschäften sollten nach Berlin herbeigeführt werden. So wird man die Haltung des Berliner Gauvorstandes wohl besser verstehen. Man sollte auch nur manches Mal hören können, aus welchen durchsichtigen Gründen sich Kollegen von auswärts in Berlin unsichtbar machen wollen. Man soll die Beschwerden wegen der Berliner Absperrung also nicht so leichtgläubig hinnehmen, sondern sofort beim Gauvorstand darüber Erkundigung einholen. Es kam von einigen Rednern noch zum Ausdruck, daß angesichts solcher Verhältnisse auch anderwärts nicht anders hätte verfahren werden können; Hauptsache sei, daß Berlin bei der Auskunfterteilung grundsätzlich die Freizügigkeit wahrt.

Betreffs der im Brandenburgischen Maschinenseherverein herrschenden Gepflogenheiten kam fast übereinstimmend scharfste Kritik zum Ausdruck. Zwei Redner — der eine mehr, der andre weniger — erläuterten die eigentlichen Ursachen, die bei den Berliner Maschinensehern zu solchen besonderen Einrichtungen geführt haben, und die in dem von den Prinzipalen schon vor Jahren verfaßten systematischen Lohnabbaue zu suchen sind. Sie sind auch zu suchen in

Außerungen von Prinzipalen vor vier Jahren, die auf künstliche Herbeiführung von Arbeitslosigkeit unter den Maschinensehern Berlins schließen lassen mußten. Die bestehenden Unterstützungsmethoden fanden aber auch bei diesen Rednern keine Billigung. Betreffend hat aber auch gezeigt, daß bei Aussetzen keine geschädigte Erwerbslosenunterstützung gewährt wird; das Aussetzen kam aber gegenüber den Maschinensehern besonders in Anwendung. Im übrigen wurde erklärt, so könne es wirklich nicht bei den Maschinensehern in Berlin weitergehen, nachdem die Gauvorsteherkonferenz vor nunmehr zwei Jahren schon so deutlich ihre Meinung erklärt hat, so können besonderen Verhältnissen gegenüber. Wenn in Berlin damit bei dieser Sparte nicht ausgeführt wird, dann müßten mit der zentralen Verbandsunterstützung ihren Mitgliedern gegenüber andere Wege beschritten werden. Die Erhebung eines freiwilligen Extrabeitrages, der in Wirklichkeit kein freiwilliger ist, die Gewährung von Extraausgaben bei Arbeitslosigkeit, welche aber in gewissen Fällen — wenn Zugewinne in Betracht kommen — von einer bestimmten Verpflichtung abhängig gemacht wird, das sind Dinge, die in einer zentralen Organisation einfach unmöglich sein müssen. Man wunderte sich auch, wie es möglich gewesen ist, mit dem Maschinenseherzweck in Berlin noch so fortzukommen, obwohl die Gauvorsteherkonferenz 1926 strikt gefordert hat, ihn aufzuheben. Leitretter sei hier wirklich nicht am Platze. Die Maschinenseher in der Provinz müßten so häufig der Konditionsort wechseln, die Berliner sollten doch da mehr solbaredes Gefühl zeigen. Je unterschiedener die Konferenz den unbedingt zu fassenden Beschluß formuliert, um so eher wird auch dem Wechsel im Berliner Maschinenseherverband gesteuert werden können, der eigentlich nur darauf zurückzuführen ist, daß die betreffenden Vorständen gegen eine Entwidmung aufgetreten sind, wie sie nun doch gekommen ist. Es fand auch noch nähere Beleuchtung der jetzt geliebten Praktiken bei den Maschinensehern statt, die jeder Beschäftigung widerspricht. Weiter wurde betont, die Angelegenheit könnte gar nicht ernst genug angesehen werden, die versuchten Beschönigungen mahnen noch mehr dazu. Gegen den Lohnabbau gibt es andre Wege, draußen ist doch der Lohnabbau ebenfalls versucht worden. Von Solidarität ist bei der ganzen Angelegenheit der Berliner Maschinenseher nichts zu merken. Der zuerst in der Diskussion gemachte Vorschlag zu energischem Vorgehen habe das Bedenken, daß damit auch eine große Anzahl von Maschinenseherkollegen getroffen werden kann, die mit den kritisierten Dingen selbst unzufrieden sind. Der Berliner Gauvorstand hat auch für Remedur einzutreten. Im höchsten Maße ist es zu bedauern, daß nach zwei Jahren nochmals eine solche Debatte auf einer Gauvorsteherkonferenz erforderlich geworden ist. Dadurch werden Zwangsmahnahmen ja herausgefordert. Man darf auch ja nicht übersehen, wie solche Zustände auf die Handseher zurückwirken; wo sollen sie da noch die Solidarität sehen? Die Handseher müssen sich ja als Mitglieder zweiter Klasse vornehmen. Wo nehmen nur die Berliner Maschinenseher das Recht her, höhere Unterstützung als die Kollegen der andern Berufsarten haben zu müssen? Woher der Brauch in Berlin führt, konnte mit der Erwähnung gezeigt werden, daß Arbeitsnachweise draußen versucht haben, von Berlin Maschinenseher zu bekommen, aber niemand kam. Die Eigenmächtigkeiten in Berlin bei den Maschinensehern hätten nun den Charakter einer Dauereinrichtung angenommen, deshalb müßte die Konferenz energisch einschreiten. Es ist doch weit gekommen, wenn von draußen Beschwerden beim Verbandsvorstand eingehen — von Kollegen, die ihre eigenen Erfahrungen in Berlin schildern —, und der Verbandsvorstand erfährt dann erst dadurch diese sehr heimlich gehaltenen Dinge. Die Solidarität der Maschinenseher zur Erhaltung ihrer Löhne muß auch ohne besondere Unterstützung gewährt werden können, die Erfüllung gewisser Lebensgewohnheiten kann nicht geltend gemacht werden.

Die gepflogene Debatte endigte mit der einstimmigen Annahme von zwei Beschlüssen, deren erster von der behaupteten allgemeinen Absperrung der Großdruckorte ausgeht. Er lautet:

Die Gauvorsteherkonferenz erklärt, daß die Freizügigkeit innerhalb des Verbandsgebietes unbedingt aufrechtzuerhalten ist. Jeder Kollege hat die Pflicht, vor einem Konditionswechsel nach einem andern Ort bei dem zuständigen Gauvorstand anzufragen. Die Auskunftserteilung dient dem Zweck, die Kollegen vor Schäden zu bewahren, sie darf aber keinesfalls dazu führen, die Veränderungsbedingungen von Provinz zur Großstadt und umgekehrt zu unterbinden. Die Bezirks- und Ortsvorstände und die Spartenvorstände haben kein Recht zur Auskunftserteilung; dieses steht allein den Gauvorständen zu.

Der zweite einstimmige Beschluß geht von den bei den Berliner Maschinensehern bestehenden Zuständen aus. Er hat folgenden Wortlaut:

Die Gauvorsteherkonferenz verweist erneut auf das Verbot der Einführung besonderer Unterstützungsleistungen oder von Zuschußleistungen zu irgendwelchen Unterstützungsstellen des Verbandes durch die Sparten oder deren Untereinheiten. Sie beauftragt den Verbandsvorstand, die schärfsten Mittel zur Anwendung zu bringen, um derartige, trotz aller Beschlüsse der Organisationsinstanzen noch vorhandenen Sonderunterstützungen zu beseitigen.

Nach diesen recht angeregten Verhandlungen erfolgte die Stellungnahme zum Unterstützungswesen, zur Aufhebung der Zuschußklassen und zu den Beschlüssen der Verwaltungssreformkommission des DGB. Hierzu hatten

die Gauvorstände eine 31 Seiten im Druck umfassende Vorlage zugeandt erhalten. Das von dem Kollegen G l a s e r, Hauptverwalter des Verbandes, über diese Materie gehaltene eingehende Referat soll hier möglichst ausführliche Wiedergabe finden, um in der gesamten Verbandskollegenchaft in weitem Maße Aufklärung zu verschaffen, auf daß die vom nächsten Verbandstage in dieser Richtung zu fassenden Beschlüsse von der größten Klarheit geleitet sein können.

Der Vorstandreferent führte aus: Die diesmalige Gauvorsteherkonferenz soll sich neben andern Fragen organisatorischer und tariflicher Art vornehmlich mit dem Unterstützungsweisen, besonders mit der Invalidenunterstützung, befassen. Daß wir neben den Gauvorstehern auch die Gaukassierer eingeladen haben, mag als Beweis dafür dienen, welche Wichtigkeit der Verbandsvorstand den heutigen Beratungen beimißt. Sie alle haben die Artikel im „Korr.“ gelesen, die sich mit den Wünschen der Mitglieder auf Ausbau der Invalidenunterstützung beschäftigen, haben in Versammlungen darüber gesprochen, und es dürfte keiner unter Ihnen sein, der den Mitgliedern nicht zustimmt, wenn sie behaupten, daß die staatlichen Renten aus der Alters- und Invalidenversicherung zu gering sind, zum Leben nicht ausreichen. Diese unzureichende staatliche Hilfe für die Invaliden ist ja die Ursache, daß nicht nur in unsern Kreisen eine Unruhe eingetreten ist, sondern daß sich die gesamte Arbeiterschaft mit dem Problem befaßt und noch befaßt, auf dem Wege der Selbsthilfe zu versuchen, das Los der Invaliden zu erleichtern. Waren es bisher sieben Verbände mit annähernd 600 000 Mitgliedern, die die Invalidenunterstützung eingeführt haben, so werden es in Zukunft 15 Verbände mit rund 3 000 000 Mitgliedern sein. Weiter werden folgen. Die Verbände, die bereits seit langen Jahren die Invalidenunterstützung haben, werden von ihren Mitgliedern zu einem weiteren Ausbau gedrängt, aber nicht alle Verbände sind diesem Drängen gefolgt. So haben die Lithographen und Steindruckere wie auch die Buchbinder auf ihren letzten, in diesem Jahre abgehaltenen Verbandstagen eine Erhöhung der Invalidenunterstützung abgelehnt. Bei der Neueinführung der Invalidenunterstützung ist aber nicht allein das Motiv ausschlaggebend gewesen, den alten Kameraden zu helfen, sondern man will damit auch der Fluktuation in den Verbänden, die manchmal erschreckende Formen angenommen hat, zu Leibe gehen. In der Verwaltungsreformkommission des DGB hat man sich, wie das zu verstehen ist, sehr eingehend auch mit der Invalidenunterstützung beschäftigt. Die Einstellung der einzelnen Verbände war recht unterschiedlich. Das ist begreiflich, denn für die großen Verbände ist die Invalidenunterstützung Neuland. Unterlagen fehlten, weshalb unser Verband um Material ersucht wurde. Das wurde geliefert. Diese Unterlagen sind ganz unterschiedlich gewürdigt worden. Einige Verbände sind mit recht großem Optimismus auf den „Neuen“ Invalidenzweig herabgetreten, andre glaubten, nicht genug Vorzicht üben zu können. Einige Verbände gaben die Invalidenunterstützung aus dem großen Kopf, andre, z. B. der Metall- und der Holzarbeiterverband, gehen zur Kapitalbedeutung über, d. h. die für den Invalidenaltersrentenanteil angefallenen Beiträge werden gesondert gebucht, um möglichst lange den gestellten Anforderungen auf dem Gebiete der Invalidenunterstützung gerecht werden zu können. Die Verbände, die die Invalidenunterstützung nunmehr eingeführt haben, nehmen zunächst nur geringe Beiträge: in den niederen Klassen 10 bis 15 Pf., in den höheren Klassen 20 bis 30 Pf. Damit glauben sie auf längere Zeit auskommen zu können und werden es auch können. Sie gehen den gleichen Weg, den unsere Organisation und andre Verbände schon hinter sich haben. Es werden große Kapitalien angeammelt. Das angeammelte Kapital reißt aber zum Ausbau des Unterstützungsweises, bis der Zeitpunkt eintrifft, wo die Steigerung ihres Invalidenstandes Formen annimmt, daß auch sie sich zu weitgehenden Änderungen entschließen müssen; sei es, daß sie höhere Beiträge nehmen, sei es, daß sie die Unterstützungen herabsetzen müssen. Die Verbände kommen mit den niedrigen Beiträgen auf Jahre hinaus aus: 1. weil ihre Leistungen sich erst in Jahrzehnten auswirken; 2. weil sie zunächst im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl nur mit einer geringen Zahl von Invaliden zu rechnen haben, da sie nicht über einen allzu großen Stamm alter Mitglieder verfügen; 3. weil ihnen noch ein großes Bezugsgebiet offen steht, sie also bei zunehmender Mitgliederzahl mit größeren Beitragseinnahmen zu rechnen haben, denen in den ersten Jahrzehnten eine Gegenleistung nicht gegenübersteht; 4. weil sie bei der Fluktuation, die nicht auf einmal zu beseitigen sein wird, mit Beitragseinnahmen zu rechnen haben, die für die Invalidenkasse ein gewisses Plus bedeuten; 5. weil sie Invalidenunterstützung nur zahlen, wenn die Mitglieder auch von der staatlichen Alters- und Invalidenversicherung als Invaliden anerkannt sind, wodurch der Kreis der Invaliden etwas mehr beschränkt wird; 6. weil die Verbände zum Teil Risiken einschließen, die für sie außerordentlich gefährlich sind. So zahlt z. B. der Baugewerksbund grundsätzlich keine Invalidenunterstützung an Unfallverletzte.

In unserm Verbande liegen die Dinge wesentlich anders: 1. Sind wir über das Anfangsstadium längst hinaus, haben Verpflichtungen, die andre Verbände nur ohne Trotz verlorenen Vermögens durch die Inflation haben wir viele Invaliden zu unterstützen, deren Zahl zurzeit 2400 betragen dürfte; 2. diesen Verpflichtungen steht keinerlei Kapitalbedeutung gegenüber: wir sind auf das Umlopfverfahren angewiesen, das im Augenblick zur Deckung der Ausgaben

genügt, aber auch nicht auf die Dauer; 3. unser Verband hat mit einem viel größeren Stamm von alten Mitgliedern zu rechnen als die andern Verbände, demzufolge ist die Invalidentätswahrscheinlichkeit in unserm Verbands eine größere; 4. das Werbegebiet zur Gewinnung neuer Mitglieder ist in unserm Verbands durch das hohe Prozentverhältnis der organisierten Berufsangehörigen wesentlich beschränkt; 5. verlangen unsere Mitglieder höhere Leistungen, als sie in andern Verbänden bestehen. Diese Zahlen — auch nicht in allen Fällen — im Höchstfall 60 M. Rente im Monat; eine Unterstützung, die unsern Mitgliedern zu gering erscheint. Es ist zu sagen: Die großen Leistungen unseres Verbandes auf dem Gebiet der Invalidenunterstützung haben in andern Verbänden große Beachtung gefunden, und wir sind befragt worden, ob denn unser Verband diese Unterstützungen auf die Dauer wird zahlen können.

Mein persönlicher Standpunkt ist bekannt. Ich habe in der Frage der Unterstützungshöhe stets zur Vorsicht gemahnt. Die Bedenken gelten nicht der Gegenwart, sondern der Zukunft. Diese Bedenken sind nicht von allen Funktionären geteilt worden, sie werden sich aber jetzt dem in der Vorlage niedergelegten nicht verschließen können. Die von mir befürchteten Schwierigkeiten sind in einigen Bruderverbänden bereits eingetreten. Es bestehen Schwierigkeiten in Österreich, Schwierigkeiten auch in der Schweiz. Der Deutsche Faktorenbund hat 128 Invaliden auf 1000 Mitglieder, insgesamt 292 Invaliden bei 3044 Mitgliedern = 7,8 Proz. Der Gutenbergbund befindet sich in ähnlicher Lage wie unser Verband. Überall sind es die gleichen Erscheinungen: 1. starkes Ansteigen der Invalidenziffer; 2. starkes Ansteigen der Leistungen; 3. Umlageverfahren zur Deckung der gegenwärtigen Ausgaben ohne Rücklagen für die zu erwartenden Belastungen; 4. beschränktes Werbegebiet; 5. Befürchtungen, wie Deckung für die Zukunft geschaffen werden kann.

Das sind auch die Kernpunkte der Ausführungen in unserer Vorlage. Sie stehen aber im Gegensatz zu den Wünschen unserer Mitglieder, die noch heute der Meinung sind: der Verband könne noch mit größeren Leistungen aufwarten, wenn nur der gute Wille in den leitenden Kreisen vorhanden wäre, und wenn sich die Mitglieder zu höheren Beitragsleistungen entschließen könnten. In der Vorlage sind wir auf die bisher erschienenen Artikel im „Korr.“ eingegangen. Dabei haben wir mehrfach das Gutachten des Schweizer Gutachters zitiert, das fast restlos all das unterstreicht, was von unserer Seite an Bedenken geäußert wurde. Ein Beweis dafür, daß die Weiterentwicklung unseres Invalidenzweiges im Verbandsvorstand richtig beurteilt wird. Der Schweizer Gutachter spricht den lapidaren Satz aus:

Blinde Eifer und große Versprechungen rächen sich nirgends so brutal wie im Versicherungswesen. Wenn die mühsam von den Mitgliedern ersparten Beiträge zur Deckung der Lasten nicht ausreichen, so bleibt nichts anderes übrig, als entweder die Beiträge stark heraufzusetzen oder die Renten zu kürzen. Beides sind empfindliche Maßnahmen, und es ist dringendste Pflicht einer vorausschauenden Kassenverwaltung, mit allen Mitteln und vor allem rechtzeitig vorzujorgen, daß die Lage der Kasse auf einem gangbaren und auch für die Mitglieder erträglichen Wege saniert werden kann.

Wozin bestehen die Gefahren bei uns in dem Invalidenunterstützungszweige? Zunächst in der starken Steigerung des Invalidenstandes. Dafür ist folgendes Zahlenmaterial anzuführen:

Der Zugang an Invaliden betrug 1926: 540 Invaliden, denen 169 Todesfälle gegenüberstehen; 1927: 569 Invaliden Zugang und 199 Sterbefälle. Im Jahre 1928 wird der Zugang voraussichtlich wieder 540 Invaliden betragen, die Zahl der Sterbefälle ist noch nicht zu übersehen.

Der Invalidenstand betrug:

Ende des Jahres 1923	1133 Invaliden
Ende des Jahres 1924	1253 Invaliden
Ende des Jahres 1925	1411 Invaliden
Ende des Jahres 1926	1766 Invaliden
Ende des Jahres 1927	2112 Invaliden

Ende des Jahres 1928 werden wir mit einem Invalidenstand von 2400 Invaliden zu rechnen haben.

Das Verhältnis der Invaliden zu den steuernden Mitgliedern betrug:

1895	1 Invalide auf 220 steuernde Mitglieder
1905	1 Invalide auf 83 steuernde Mitglieder
1910	1 Invalide auf 78 steuernde Mitglieder
1913	1 Invalide auf 70 steuernde Mitglieder
1926	1 Invalide auf 46 steuernde Mitglieder
1927	1 Invalide auf 38 steuernde Mitglieder

Dieses Verhältnis der Invaliden zu den steuernden Mitgliedern wird sich in Zukunft noch ungünstiger gestalten. Im Verbandsvorstand rechnet man damit, daß

1928	1 Invalide auf 34 steuernde Mitglieder
1930	1 Invalide auf 28 steuernde Mitglieder
1932	1 Invalide auf 25 steuernde Mitglieder
1935	1 Invalide auf 21 steuernde Mitglieder

entfallen wird.

Mit der Zahl der Invaliden steigt naturgemäß die Zahl der Invalidenunterstützungstage. Ihre Zahl betrug:

1923	377 000 Tage
1924	430 000 Tage
1925	489 000 Tage
1926	570 000 Tage
1927	729 000 Tage

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Georg Hagen in Bern
Eingeteten am 15. Dezember 1878 in Ludwigslofen — Jetzt Invalide



Karl Sasse in Berlin
Eingeteten am 16. Dezember 1878
Firma S. Schumacher in Berlin



Jakob Schauer in München
Eingeteten am 18. Dezember 1878
Firma Selg in München



Am Invalidenunterstützung wurden gezahlt:

1924	275 000 M.
1925	583 000 M.
1926	725 000 M.
1927	1 117 000 M.

Worauf ist diese starke Steigerung des Invalidenstandes zurückzuführen? Hierzu nahm man an, daß es sich um eine Inflationsfolge handele, weil sich in den Jahren 1922 und 1923 nur solche Mitglieder als invalid melden konnten, die infolge körperlicher Gebrechen zu jeder beruflichen und außerberuflichen Tätigkeit außerstande waren. Dies kann nur zum kleinen Teil zutreffen, denn die Steigerung hätte dann in den letzten Jahren nachlassen müssen, was nicht der Fall ist. Dann führt man die Steigerung zurück auf die Nationalisierung und die Stilllegung von Betrieben, was zweifellos zum Teil zutrifft. Bei der Einführung neuer moderner Maschinen, besonders der Sebmashinen, wird man in den Betrieben eine Reihe alter Kollegen abgestoßen haben, die für den Umwandlungsprozeß schon für zu alt befunden wurden und nirgends mehr Fuß zu fassen vermochten. Weiter glaubte man annehmen zu dürfen, daß auch die erhöhten Unterstützungssätze in der Invalidenunterstützung zur Steigerung der Invalidenzahl beigetragen hätten. Darüber sind dem Verbandsvorstande harte Worte gesagt worden, dennoch wird diese These auch vom österreichischen Verbandsvorstande aufgestellt, von einigen Kollegen, die im „Korr.“ zu Worte gekommen sind, bestätigt und vom Schweizer Gutachter unterstrichen, der erklärt, „daß mit erhöhten Kasseneleistungen in der Invaliditätswahrscheinlichkeit weiter zugenommen wird, eine Tatsache, die bei vielen ähnlichen Kassen festzustellen ist“.

Aber das sind alles nur Teufelsfäden, in der Hauptsache ist die Steigerung des Invalidenstandes eine Folge des Alters der Organisation und ihrer Mitglieder, die sich in Zukunft noch viel stärker auswirken wird. Daß der Verbandsvorstand mit dieser Annahme das Richtige trifft, wird durch nachstehende Aufstellung bestätigt: In den Jahren 1893—1919 wurden 2930 Mitglieder auf den Invalidenstand übernommen, davon befanden sich im Alter bis zu 60 Jahren 67,6 Prozent über 60 Jahre 32,4 Prozent

In den Jahren 1920—1927 wurden 2277 Mitglieder auf den Invalidenstand übernommen. Davon befanden sich im Alter bis zu 60 Jahren 36,7 Prozent über 60 Jahre 63,3 Prozent

Von dem am Ende des Jahres 1927 gezählten 2112 Invaliden waren sogar 72 Proz. über 60 Jahre alt. Als weiteres Belastungsmoment für den Invalidenzweig kommt hinzu die Veralterung der Menschen im allgemeinen. Sie ist nicht für jeden erkennbar, jedoch hat das Reichsstatistische Amt für die Jahre 1921 bis 1926 nach-

gewiesen, daß 63 Proz. aller zwanzigjährigen Männer die 65-Jahr-Grenze erreichen. Damit haben auch wir zu rechnen. Es ergeben sich danach erhöhte Invalidenziffern und vor allem eine längere Invaliditätsdauer. Eine noch größere Gefahr besteht in dem beschränkten Werbegebiete für unsere Organisation. Die Zuführung neuer Mitglieder steht nicht mehr im Verhältnis zur Steigerung des Invalidenstandes. Die Bewegungssatistik unseres Verbandes für die Jahre 1924 und 1927 weist das aus. Nach unserer letztmaligen Berufssatistik (1926) waren von allen Berufsangehörigen rund 92 Proz. im Verbands organisiert. Da sich etwa 4 Proz. im Gutenbergbunde befinden, so hat sich das Gebiet zur Gewinnung neuer Mitglieder außerordentlich verkleinert. Das liegt auch für die andern Buchdruckerorganisationen gleich oder doch ähnlich so. Im Versicherungswesen will es aber etwas bedeuten, wenn sich das Werbegebiet dermaßen verkleinert hat. Manche Artikel-schreiber im „Korr.“ haben sich der trügerischen Hoffnung hingeeben, daß der Beharrungszustand in nicht allzu ferner Zeit eintreten könnte, und dann den Bedenken auf weitere Belastung des Invalidenunterstützungszweigs ein Ende bereitet sein würde. Der Schweizer Gutachter sieht den Beharrungszustand, d. h. wenn sich der Zuzug der Invaliden mit dem Abgang der Invaliden durch Tod deckt, erst dann gekommen, wenn auf sechs steuernde Mitglieder ein Invalide kommt! In unserm Verbands kam jedoch Ende 1927 noch auf 38 steuernde Mitglieder ein Invalide. Das Verhältnis der neu hinzukommenden Invaliden zu den durch Tod abgehenden invaliden Kollegen betrug bei uns im Jahre 1924: 3,3 zu 1, 1925: 2,3 zu 1, 1926: 3,2 zu 1, 1927: 2,9 zu 1. Wir haben also noch einen weiten Weg vor uns bis zur Erreichung des Beharrungszustandes. Das Umlageverfahren (Aufwandsdeckungsverfahren) hat den Nachteil, daß es die Gegenwart auf Kosten der Zukunft entlastet. Bei der staatlichen Versicherung, der es nicht anders geht als der Invalidenunterstützung in unserm Verbands, hatte man vor dem Kriege das Kapitaldeckungsverfahren, das selbst bei niedrigen Beiträgen auf lange Zeit hinaus hätte den Rentenansprüchen genügen können. Unter dem durch die Verfallnisse der Nachkriegszeit ausgeprägten System des Umlageverfahrens müssen in verhältnismäßig kurzen Fristen immer neue Einnahmequellen erschlossen werden, um die Ausgaben für die Renten zu decken. Dadurch erklären sich auch die Beitragserhöhungen nach der Stabilisierung der Mark.

Aber die Höhe der Beiträge in der Vor- und in der Nachkriegszeit sind in den „Korr.“-Artikeln Vergleichs gezogen worden, die nur rechnerisch stimmen, nicht aber mit den veränderten Verhältnissen. Heute ist mit ganz andern Lasten zu rechnen als früher. Vor dem Kriege gingen von dem Tariflohn eines Berliner Kollegen rund 11 Proz. ab, jetzt 15 Proz. Bei den 11 Proz. vor dem Kriege ist pro Woche noch 1 M. Einkommensteuer angelegt, die in Wirklichkeit nur die wenigsten gezahlt haben werden. Zu den heutigen 15 Proz. Abgaben treten bei sehr vielen Kollegen noch andere ständige Verpflichtungen hinzu, die früher nicht so allgemein üblich waren. Weitere Beitragserhöhungen werden also nur in gewissen Grenzen möglich sein. In den „Korr.“-Artikeln ist aber manchmal von erlaubblicher Beitragsfreudigkeit zu lesen gewesen, selbst bis zu 50 Pf. Beitragserhöhung will man gehen, um den Invaliden besser zu helfen. Allerdings ist das nicht ohne Widerspruch geblieben. Sonst war von solcher Beitragsfreudigkeit nichts zu merken! Auf Gavourstcherkonferenzen und auf Verbandstagen ist um 10 Pf. mehr Beitrag gestritten worden, und noch der Berliner Verbandstag konnte sich nicht entschließen, über 20 Pf. hinauszugehen. In der Erkenntnis, daß es den in der Provinz zum Tariflohn beschäftigten Kollegen schwer fällt, größere Beitragserhöhungen auf sich zu nehmen, ist in der Artikel Diskussion auch den Staffelbeiträgen das Wort geredet worden. Also entsprechend der Höflichkeit soll der Beitrag nach oben gestaffelt werden, die Unterstufung soll aber in allen Fällen gleich sein. Mit Recht ist darauf erwidert worden, daß gestaffelte Beiträge auch gestaffelte Unterstützungen bedingen würden. Gestaffelte Unterstützungen müssen aber einen Unmut auslösen bei den Mitgliedern, die schon durch ihren Lohn steifmütterlich bedacht sind. Durch allzu große Beanspruchung unserer Verbandskasse durch die Unterstützungszeige, besonders die Invalidenunterstützung, wird die Kampfkraft unserer Organisation geschwächt. Auch wir haben mit der Möglichkeit größerer Konflikte im Gewerbe zu rechnen. Man denke nur an die Vorgänge im März 1928, wo wir vor einem Kampfe standen; nur durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts ist es nicht dazu gekommen. Je mehr wir uns im Unterstützungswesen festlegen und die Beitragserhöhungen nur diesem dienen, desto weniger Kampfmittel besitzen wir. Es sei wiederholt, was schon des öfteren ausgeführt wurde, man verkenne nicht Wesen und Aufgaben der Gewerkschaften, deren Hauptzweck nach wie vor die Erringung und Sicherung bestmöglicher Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Abschluß kollektiver Arbeitsverträge und damit Beseitigung des uneingeschränkten, einseitigen Herrschaftsprinzips der Unternehmer bleibt. Dies ist gewissermaßen der Kernpunkt jenes Beschlusses des Breslauer Gewerkschaftskongresses, der zur Einsetzung der Verwaltungsreformkommission geführt hat, weil eine Reihe von Gewerkschaften, die mit den Unternehmern dauernd schwere Kämpfe führen mußten, sich im Unterstützungswesen überstell hatten und dadurch in ihrer Kampfkraft geschwächt wurden. Kommt es bei uns einmal zum Kampfe, dann müssen Rücklagen für die Invaliden vorhanden sein. Deshalb wird vom Verbandsvorstande der

Vorschlag gemacht, einen Teil des Verbandsvermögens für die Invaliden beizulegen.

Die Staffeleinteilung in der Invalidenunterstützung durch den Berliner Verbandstag hat nicht reiflos den Beifall der Mitglieder gefunden. Es ist mit Anträgen auf Änderung der Staffeln zum nächsten Verbandstag zu rechnen. Ein Anlag dazu dürfte die der Reichsversicherung nachgebildete Rentenberechnung des Gutenbergs abgeben. Diese neue Rentenberechnung beim Gutenbergs bezieht sich jedoch nur auf solche Mitglieder, die nach dem 1. Oktober 1928 in den Invalidenstand übertreten. Die Belastung des Gutenbergs hierdurch wird sich erst in der Zukunft auswirken; man erhebt ab 1. Oktober 1928 einen Invalidenfassenbeitrag von 65 Pf. wöchentlich, um den späteren gesteigerten Ansprüchen genügen zu können. Wir haben aber mit viel älteren Mitgliedern als der Gutenbergs zu rechnen. Wir können auch nicht von Erhöhungen der Invalidenunterstützung die schon vorhandenen vielen alten Invaliden ausschließen wie der Gutenbergs; das würde bei uns als unmöglich angesehen werden. Aber die Staffeln in der Invalidenunterstützung muß auch um deswegen hier geprochen werden, weil die Verwaltungsreformkommission des DGB, da Vorschläge unterbreitet, die in der Höhe der Unterstützung von unsern Verbänden überholt sind, in der Staffeln für die Mitglieder aber günstiger gestaltet sind als unsere Staffeln.

Anträge auf Einführung der Altersversicherung scheinen zum Verbandstag auch wiederkehren zu wollen. Ein Kollege hat ja schon im „Korr.“ verlangt, daß ein Mitglied im Alter von 80 Jahren sich invalideren lassen kann, mit 65 Jahren sich invalideren lassen muß. In unsern Verbänden führen wir im Jahre 1927 nicht weniger als 1522 steuernde Mitglieder, die schon die staatliche Invalidenunterstützung bezogen, aber im Alter von 65 Jahren und darüber noch beruflich tätig waren; es waren das 222 Mitglieder über 70 Jahre und 1300 im Alter von 65 bis 70 Jahren, 2650 unserer Mitglieder aber befinden sich im Alter von 60 bis 65 Jahren. Die Altersversicherung ist also wegen der ungeheuren finanziellen Belastung für uns unmöglich und ist auch von allen anderen Gewerkschaften abgelehnt worden.

Der Verbandsvorstand hat nun eine Vorlage ausgearbeitet, die eine Umgestaltung der Invalidenunterstützung bezweckt mit einer Verbesserung der Unterstützungssätze. Sie enthält folgende Kernsätze: Die Invalidenunterstützung wird erhöht werden müssen. Die Mitglieder wollen mehr bezahlen, so ist im „Korr.“ zu lesen. Die Maßnahmen des Verbandsvorstandes werden mithin schon beachtet. Wie hoch die Erhöhung der Unterstützung sein kann, hängt ganz von der Beitragsleistung ab. Der Verbandsvorstand hat sich mit allen Fragen sehr eingehend befaßt und bringt Vorschläge, die auf folgenden Voraussetzungen beruhen: Zunächst eine Beitragsgliederung, die zwar in den Satzungen nicht festgelegt werden, die aber eine Grundlage für die Unterstützungsberechnung bilden soll. Die sozialen Unterstützungszweige sollen sich selbst erhalten. Von der bisherigen Rückvergütung in Prozenten der Beitragseinnahme soll abgesehen werden, dafür sollen von jedem Gesamtbeitrag 20 Pf. den Gauen verbleiben.

Die Verbandsvorlage geht davon aus, daß es untragbar ist, auf jedem Verbandstage die Invalidenunterstützung von neuem anzuschneiden, neue Beschlüsse zu fassen, neue Erhöhungen zu beschließen und dann nach weiterer Bedingung suchen zu müssen. Eine vorausschauende Kassenpolitik ist vielmehr notwendig. Das, was auf dem nächsten Verbandstag für durchführbar erklärt wird, muß mindestens für zwei Verbandstagsperioden (für den Zeitraum von 1930 bis 1935) ausreichen, um so die Auswirkung der Beschlüsse besser zu beurteilen und für die Zukunft sichere Schlussfolgerungen ziehen zu können. Um mehr Aufklärung zu schaffen und falschen Schlussfolgerungen in Mitgliederkreisen über das Verbandsvermögen vorzubeugen, sollen in den Kassenberichten des Verbandsvorstandes an geeigneter Stelle die Einnahmen und die Ausgaben für die einzelnen Kassenzweige gegenübergestellt werden.

Der Verbandsvorstand hat unter Annahme einer von der Organisationsziffer in der Lehrlingsabteilung ausgehenden Steigerung des Mitgliederstandes um 4000 im Jahre und unter weiterer Annahme einer durchschnittlichen Leistung von 48 Beiträgen pro Mitglied und Jahr eine Wahrscheinlichkeitsberechnung für die allgemeine Kasse angestellt, die für die Jahre 1930 bis 1935 zu nachstehendem Ergebnis gelangt:

Einnahmen aus Beiträgen (0,80 M.)	
1930 91 000 Mitglieder	4 368 000 Beiträge 3 495 000 M.
1931 95 000 Mitglieder	4 560 000 Beiträge 3 648 000 M.
1932 99 000 Mitglieder	4 752 000 Beiträge 3 800 000 M.
1933 103 000 Mitglieder	4 944 000 Beiträge 3 955 000 M.
1934 107 000 Mitglieder	5 136 000 Beiträge 4 108 000 M.
1935 111 000 Mitglieder	5 328 000 Beiträge 4 262 000 M.
23 268 000 M.	
Ausgaben für 1930 bis 1935:	
Ortsunterstützung	9 185 000 M.
Reiseunterstützung	1 857 000 M.
Maßregelungsunterstützung	933 000 M.
Unzulage, außerordentliche Unterstützung, Rechtschutz, sonstige Ausgaben	467 000 M.
Hauptverwaltung	2 327 000 M.
„Korr.“-Zuschüsse	2 327 000 M.
Überschuß	6 672 000 M.
23 268 000 M.	

Für die Invalidenunterstützung gestaltet sich die Wahrscheinlichkeitsberechnung folgendermaßen: 1. Die bisherigen vier Staffeln werden in acht Staffeln umgewandelt. Die Anfangssatzungen von 450 bzw. 700 Beiträgen bleiben bestehen, weil ihre Veränderung im Verwaltungsweisen mit mancherlei Ungelegenheiten verbunden wäre. Die Staffeleinteilung soll in nachfolgender Form erfolgen: 450 bis 699 Beiträge, 700 bis 999, 1000 bis 1249, 1250 bis 1499, 1500 bis 1749, 1750 bis 1999, 2000 bis 2249, 2250 Beiträge und mehr. 2. Steigerung des Invalidenstandes um 400 Invaliden im Jahr. (Als Auswirkung der zu erwartenden Unterstützungserhöhung muß nach den bisherigen Erfahrungen mit einem erhöhten Zugang von Invaliden gerechnet werden.) 3. Mitgliedersteigerung und durchschnittliche Beitragsleistung wie bei der Berechnung für die allgemeine Kasse. 4. Vom Verbandsvermögen wird ein Betrag von 2 000 000 M. als Grundfonds für den Invalidenfassenzweig abgetrennt, dem die Zinsen aus diesem Kapital wie die Überschüsse in den ersten Jahren aus der erhöhten Beitragseinnahme mit Zins- und Zinseszins zuzuflehen sollen.

Vom Verbandsvorstand sind nun folgende zwei Vorschläge ausgearbeitet worden:

I		II	
nach 450 Beiträgen 1,25 M.	1,20 M. Unterstützung täglich	nach 700 Beiträgen 1,50 M.	1,40 M. Unterstützung täglich
nach 1000 Beiträgen 1,75 M.	1,60 M. Unterstützung täglich	nach 1250 Beiträgen 2,00 M.	1,80 M. Unterstützung täglich
nach 1500 Beiträgen 2,25 M.	2,00 M. Unterstützung täglich	nach 1750 Beiträgen 2,50 M.	2,20 M. Unterstützung täglich
nach 2000 Beiträgen 2,75 M.	2,40 M. Unterstützung täglich	nach 2250 Beiträgen 3,00 M.	2,60 M. Unterstützung täglich

(Durchschnittl. Tageslohn 2,15) (Durchschnittl. Tageslohn 1,05).

Vorschlag I bedeutet eine Erhöhung der Invalidenunterstützung um 40 Proz. und die Festsetzung des wöchentlichen Invalidenfassenbeitrags auf 0,80 M. Vorschlag II bedeutet eine Erhöhung der Invalidenunterstützung um 25 Proz. und die Festsetzung des Invalidenfassenbeitrags auf 0,70 M. pro Woche. Es ist auch noch ein anderer Vorschlag erwogen worden, der von einer Beitragserhöhung um 30 Pf. ausgeht. Hierbei würde man aber nur bis zum Jahre 1932 auskommen, dann müßte eine neue Beitragserhöhung erfolgen.

Neuerdings wird auch einer Ausdehnung der Invalidenunterstützung nach anderer Richtung das Wort geredet. Mitglieder, die jahrzehntelang zur Invalidenunterstützung gesteuert haben und mit dem Tode abgehen, ohne Invalidenunterstützung bezogen zu können, wünschen, daß ihren Angehörigen ein Ausgleich für den Nichtbezug der Invalidenunterstützung gewährt werden sollte. Dieser Gedankengang ist nicht richtig, denn eine jede Versicherung ist eine Spekulation auf Herabminderung eines Schadens, der dem Einzelnen zustoßen kann, aber keine Sparrasse. Wenn man bedenkt, daß ein Mitglied mit fünfzigjähriger Zugehörigkeit zum Verbands, wenn es voll geteuert hat, nur 520 M. für den Invalidenzweig leistet, dann bekommt man sofort eine Ahnung, in welsch ungleichem Verhältnis meistens Leistung und Gegenleistung bei der Invalidenunterstützung zueinander stehen. Die schon so oft gewünschte Mitwunderunterstützung, auf die diese Gedankengänge schließlich hinauslaufen, ist bekanntlich immer als undurchführbar abgelehnt worden. Wohl aber ist in einem erhöhten Sterbegeld ein Ausgleich zu erblicken. Mit den drei anderen graphischen Verbänden eine Gegenseitigkeit in der Invalidenunterstützung herbeizuführen, ist eine weitere Absicht des Verbandsvorstandes; mit den Buchdruckerorganisationen im Auslande besteht schon solche Gegenseitigkeit.

In der Reiseunterstützung ist der Verbandsvorstand bereit, in beiden Staffeln eine Erhöhung von je 50 Pf. pro Tag eintreten zu lassen. Es ist da mit einer Mehrbelastung von 80 000 M. im Jahr zu rechnen, allerdings kann die Reiseunterstützung in Verbindung mit der Ortsunterstützung sich bei schlechtem Geschäftsgang zu ganz gewaltigen Summen ausweiten. Durch die Erhöhung der Reiseunterstützung um 50 Pf. werden die kleinen Ortsvereine etwas entlastet, die sich in der Fürsorge für die Reisenden etwas übernommen haben. Die großen Ortsvereine werden aber gewiß auch weiterhin sich der Reisenden annehmen durch Sachleistungen wie Schlaf- und Bepflegungsstellen, Stiefelreparaturen. In der Ortsunterstützung will auch die Verwaltungsreformkommission keine Erhöhung, denn durch die staatliche Arbeitslosenversicherung liegen ja die Dinge jetzt anders als in der Vorkriegszeit; freilich werden auch die Sätze der staatlichen Versicherung nicht immer für ausreichend angesehen werden, dann wird man doch wieder die gewerkschaftliche Arbeitslosenerversicherung erhöht wissen wollen. In der Kommission des DGB hat man die Frage aufgeworfen, ob die Buchdrucker mit 280 Tagen Ortsunterstützungsbezug nach Leistungen von 750 Beiträgen nicht zu weit gegangen seien. Die Arbeitslosen- und die Krankenunterstützung als einen Unterstützungszweig zu behandeln, wie in der Verwaltungsreformkommission angeregt worden ist, dafür wird bei unsern Mitgliedern keinerlei Stimmung vorhanden sein. Krankengelderhöhung ist auszuschließen.

In Sachen der Gemafregelten- und Streifenunterstützung geht aber der Verbandsvorstand mit den von der Kommission des DGB empfohlenen Festsetzungen konform und empfiehlt deren Aufnahme in unsere Satzungen in folgender Form: 1. Bei Maßregelung, d. h. bei Arbeitslosigkeit in voller Vertretung von Verbandsinteressen und der Interessen der Arbeiter im Betriebe oder infolge Einführung bzw. Aufrechterhaltung des Tarifs usw., wird jedem an den Ort gebundenen Mitglied die Maßregelungsunterstützung gezahlt. Die Auszahlung darf nur mit Zustimmung des Verbandsvorstandes erfolgen. Ist diese nicht eingeholt wor-

den, so ist die Auszahlung der Unterstützung auszustellen, wenn der Verbandsvorstand die Berechtigung dazu nicht anerkennt. 2. Maßregelungsunterstützung wird nur nach Leistung von 26 Beiträgen gezahlt. Der Verbandsvorstand kann aber Ausnahmen zulassen, wenn diese Beitragsleistung nicht erreicht ist. 3. Die Höchstbauer der Maßregelungsunterstützung beträgt 13 Wochen. Ausnahmefällen unter 6 Wochen sowie Krankheit unter 10 Wochen unterbrechen die laufende Unterstützung, d. h. beim Wiedereintritt der Arbeitslosigkeit wird die frühere Unterstützung mit der späteren zusammengefaßt. Nach der Aussteuerung in der Maßregelungsunterstützung tritt das Mitglied in den Genuss der Ortsunterstützung, ohne daß die bezogenen Unterstützungsstage in der Maßregelungsunterstützung in Vortrag kommen. 4. Für die Zeit, in der das Mitglied vom Bezuge der staatlichen Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen ist, wird das Dreifache der Ortsunterstützung als Maßregelungsunterstützung gezahlt. Steht das gemafregelte Mitglied im Bezuge der staatlichen Arbeitslosenunterstützung, dann wird als Maßregelungsunterstützung nur das Doppelte der Ortsunterstützung gezahlt. 5. Die Gemafregeltenunterstützung ist zurückzuzahlen, wenn der Gemafregelte durch Nichterspruch oder anderweitige Vereinbarung als zu Unrecht entlassen gilt und der Lohn weitergezahlt wird, oder eine Entschädigung aus dem Betriebsratsgesetz oder eine anderweitige Regelung erfolgt. 6. Bei Streiks gelten die vorstehenden Bestimmungen über die Maßregelungsunterstützung. Die Unterstützungsätze werden besonders festgelegt.

Die Zuschüsse zu den Ortsvereinen sollten eigentlich ein besonderer Verhandlungspunkt werden, sie sind aber nicht vom Unterstützungsweisen zu trennen. Es gibt da Kassenvereine von dem zum Teil ehrowürdigen Charakter. Es müßten längere historische Betrachtungen angestellt werden, um hier die Entwicklung aufzuzeigen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben aber in den letzten Jahrzehnten eine ganz andere Struktur erhalten, und die organisatorische Entwicklung müßte immer mehr dazu führen, von den vielen Kassenvereinen abzukommen und zu einer strengeren Zentralisation zu gelangen, nicht zuletzt im Interesse der Kollegen selbst. Zunächst waren es die Zuschüsse zur Ortsunterstützung, die den Stein des Anstoßes erregten. Das führte dann dazu, daß in allen Gauen Zuschußvereine zur Ortsunterstützung errichtet wurden. Dann schuf man eine Gegenseitigkeit, und damit war der Weg gegeben, sie später aufzuheben und auf die Verbandstafeln zu übertragen, mit Ausnahme der großen Orte. 1920 in Nürnberg kam der Beschluß, daß neue Zuschüsse in der Ortsunterstützung nicht mehr eingeführt werden dürfen. Das ist nicht genügend respektiert worden. Neue Einrichtungen entstanden, von denen der Verbandsvorstand, ja auch manchmal die Gauenverbände nichts wußten. Aber die andern Zuschußvereine wurde ganz wenig geredet, das war heißes Eisen! Erst 1926, als ich herausstellte, daß durch die Belastung in der Beitragsleistung zu den Zuschußvereinen der Ausbau im zentralen Unterstützungsweisen gehemmt wurde, erlönte der Ruf nach Abbau bzw. Aufhebung auch der Zuschußvereine zu den andern sozialen Unterstützungszweigen. Der Verbandsvorstand erhielt den Auftrag, den Zuschußvereinen ein Ende zu bereiten und Grundlagen zu schaffen für eine großzügige Reform des zentralen Unterstützungsweisen, wobei man in erster Linie die Invalidenunterstützung im Auge hatte. Das ist alles noch in guter Erinnerung. Der Beschluß war gefaßt, in den Gauen aber regte sich nichts. Der Verbandsvorstand arbeitete nun eine Vorlage aus, über die man insofern geteilter Meinung war, weil dem Wunsch auf sofortige Beilegung der Zuschußvereine nicht Rechnung getragen wurde. Sie sind aber eine gute Verhandlungsvorlage und befragen: 1. In den Verhandlungen ist festzulegen, daß weder Gau- noch Bezirks- oder Ortsvereine berechtigt sind, Unterstützungsvereine einzuführen. 2. Die Zuschüsse zur Ortsunterstützung sind aufzuheben. Der Verbandstag hat Klar zu entscheiden, ob den Großstädten eine Ausnahmestellung zugestimmt werden kann. 3. Wird die in Ziffer 2 aufgeworfene Frage bezüglich der Großstädte bejaht, dann ist eine Grenze festzulegen, über die hinaus Zuschüsse nicht gezahlt werden dürfen. 4. Machen sich in Krisenzeiten außerordentliche Unterstützungsmaßnahmen notwendig, z. B. an Ausgesteuerten, so ist die Genehmigung des Verbandsvorstandes erforderlich; die Erlaubnis in solchen Fällen darf nur auf vorübergehende Zeit erteilt werden. 5. Die Zuschüsse zur Unzulageunterstützung sind aufzuheben. 6. Die Krankenunterstützung ist abzubauen in dem Verhältnis, in dem die Verbandsunterstützung erhöht wird. Für bestehende Zuschußvereine ist möglichst eine Grenze festzulegen, über die hinaus Zuschüsse nicht gezahlt werden dürfen. 7. Die Zuschüsse zur Invalidenunterstützung sind gleichfalls in dem Maße abzubauen, wie die Sätze der Verbandsunterstützung erhöht werden. Die zurzeit gewährten Zuschüsse zur Invalidenunterstützung dürfen nicht erhöht werden. 8. Der Verbandstag hat grundsätzlich zu entscheiden, ob ein Mitglied, die die Bezugsberechtigung in der Verbands-Invalidenunterstützung nicht erlangt haben, Gau- oder örtliche Invalidenunterstützung gezahlt werden darf. 9. Beim Todesfall von Kindern dürfen Beihilfen nicht gezahlt werden. 10. Es hat eine Aussprache und Beschlußfassung zu erfolgen, ob in den Gauen, Bezirken oder Orten Sterbegeld im Umlageverfahren gezahlt werden darf, und ob Mitglieder bei Bezahlung der Frage zum Umlagebeitrag verpflichtet werden können. 11. Bezüglich der bestehenden selbständigen Kassen, ganz gleich welcher Art, kann der

Verbandstag nichts beschließen. Es ist aber durch Verbandsratsbeschlüsse festzulegen, daß die Mitglieder nicht zum Beitritt in die Klassen und somit auch nicht zur Beitragsleistung gezwungen werden können.

Diese Vorschläge halten einen Mittelweg ein; es wird dadurch leichter gemacht, die notwendigen Änderungen einzutreten zu lassen. Die Neigung zum Abbau der Zuschußklassen ist zweifellos bei einigen Gau- und Ortsvorständen vorhanden, denn diese Einrichtungen verlangen auch schon mehrfach Beitragsverpflichtungen und das in erster Linie bei den Zuschußeinrichtungen zur Invalidenunterstützung. Was für den Verband im allgemeinen von der Invalidenunterstützung gilt, trifft mehr oder weniger auch auf die Zuschußklassen der Gauen usw. zu. Der Verbandsratsbeschlüsse, daß die Gau- und Ortsbeiträge die Hälfte des Verbandsbeitrages nicht übersteigen dürfen, trägt schon zum Abbau bei. Neue Zuschußklassen dürfen auf keinen Fall gebildet werden, ganz gleich in welcher Form.

Kedner verbreitet sich dann noch über die Beschüsse der Verwaltungsreformkommission und schließt: Die Lösung der uns gestellten Aufgabe ist schwer, aber sie muß gefunden werden. In der Invalidenunterstützung allen Wünschen der Mitglieder gerecht zu werden, ist nicht möglich. Das Bestreben, den alten und invaliden Kollegen zu helfen, in allen Ehren. Es ist aber nicht möglich, alle Not zu beseitigen. Es muß gerade jetzt an eine Erklärung des alten invaliden Kollegen Lober in Stuttgart wieder erinnert werden: „Die Invaliden können eine Besserstellung sehr notwendig brauchen, und doch muß vor einem allzu weitgehenden Schritt gewarnt werden. Es gibt kein Gebiet, auf dem so vorsichtig operiert werden muß — besonders in rechtlicher Beziehung — wie auf diesem. Es ist das erste Gebot, einen Grundstock zu schaffen, der die Bezüge auch derjenigen sicherstellt, die noch uns kommen; um so mehr, als deren Zahl nicht geringer sein wird als jetzt. An meine invaliden Mitkollegen richte ich die Mahnung, ihre Erwartungen nicht so hoch zu spannen, denn auch wir haben noch Solidarität zu üben denen gegenüber, die uns ablassen werden. Es könnte nichts Schlimmeres geben, als wenn nach Jahren das schöne Gebäude zusammenbrechen würde, weil der Grund und Boden zu schwach und schlecht war, auf dem es errichtet wurde. Auch Beitragsleistungen haben ihre Grenzen, die nicht überschritten werden können.“ Kollege Lober zeigt in diesen wenigen Sätzen die Kernpunkte auf, die Gegenstand der Vorlage des Verbandsvorstandes sind und für die der Beweis mit diesen Darlegungen angetreten worden ist. (Fortsetzung folgt.)

Bundesausschussführung des ADGB.

Auf Einladung des Kieler Magistrats war die erste Bundesausschussführung nach dem Hamburger Kongress nach Kiel einberufen worden.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, eröffnete im Gewerkschaftshaus am 7. Dezember 1928 die öffentliche Sitzung mit Begrüßungsworten an die Gäste, unter denen die Stadtverwaltung, der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein und zahlreiche Vertreter der Behörden und der Universität erschienen waren.

Leipart gab der Freude und Genugtuung Ausdruck, daß der große Arbeitskampf im Westen, der durch lange Wochen hindurch die gesamte Öffentlichkeit in tiefer Spannung gehalten habe, ein vorläufiges Ende gefunden hat, und daß die Betriebe wieder geöffnet sind. Die Gewerkschaften, so führte er aus, sind einmütig in der scharfen Ablehnung des Verhaltens der Unternehmer, die sich wider Recht und Gesetz aufgeführt und einen Konflikt heraufbeschworen haben, der sich bei verantwortungsbewußter Überlegung leicht hätte vermeiden lassen. Die Arbeiterschaft, insbesondere die in erster Linie betroffenen Metallarbeiter, verdienen durch ihre tapferen Haltung hohes Lob und können der vollen Sympathie der gesamten deutschen Arbeiterbewegung sicher sein. Das Vorgehen der Reichsregierung hat in der Öffentlichkeit eine verschiedene Beurteilung erfahren. Leipart erklärte, es liege kein Anlaß vor, der Reichsregierung wegen ihres Eingreifens einen Vorwurf zu machen. Es ist auch nicht richtig, daß das Schlichtungsverfahren, wie behauptet worden ist, einen schweren Schlag bekommen habe. Im Gegenteil, das Bewußtsein seiner Bedeutung ist weiten Kreisen der Öffentlichkeit in Deutschland erst durch diesen Arbeitskampf eingeschärmt worden. Die Arbeiterschaft hat keine Niederlage erlitten. Die Unternehmer, die so weit gesteckte Ziele verfolgten und so schweres Geschick aufgezogen hatten, haben sich bedingungslos einem Schiedspruch unterworfen, den sie noch nicht einmal kennen. Wenn es in diesem Kampfe Sieger und Besiegte gibt, so sind die Unternehmer die Unterlegenen und nicht die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben nie auf dem Standpunkt jenes eigenwilligen Bauern gestanden, der Haus und Hof, der seine ganze Habe verpfändete, um dem Buchstaben des Rechts Geltung zu verschaffen. Sie führen einen sachlichen Kampf, in dem sie nicht nur ihre Interessen, sondern die Interessen der Gesamtwirtschaft vertreten. Leipart erklärte zum Schluß, er habe das Vertrauen, daß der Schiedspruch, den der Reichsinnenminister fällen wird, der Arbeiterschaft zu ihrem Recht verhelfen werde.

In Vertretung des Oberbürgermeisters begrüßte Stadtrat Gref den Bundesausschuss. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Stadt Kiel, wie heute diese bedeutungsvolle Tagung, künftig einmal den Gewerkschaftskongress in ihren Mauern begrüßen werde. Im früheren Dringlichkeits-

staat wurden die Gewerkschaften bis aufs Messer verfolgt. Daß sie heute durch Behördenvertreter begrüßt werden, durch Behördenvertreter, die zum Teil aus den Reihen der Gewerkschaftsbewegung selbst hervorgegangen sind, ist ein gewaltiger Fortschritt, der nicht zum mindesten der weitgreifenden Arbeit der Gewerkschaften zu verdanken ist. Nicht zuletzt der Kluge und unermüdbaren Tätigkeit Karl Legiens, dessen Name mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in Kiel aufs engste verknüpft ist. Es ist ein in immer weiteren Kreisen anerkannter Grundatz, daß eine gute Sozialpolitik zugleich die beste Wirtschaftspolitik ist und der gesamten Volkswirtschaft zugute kommt. Er schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß die Gewerkschaftsbewegung ihr hohes Ziel, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft zu bessern und das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in der Wirtschaft durchzusetzen, erreichen, und daß auch diese Tagung zu der Verwirklichung dieses Zieles beitragen wird.

Dann ergriff der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein, K i r b i s, das Wort. Er knüpfte an die große gewerkschaftliche Tradition Kiels an, an ihre bedeutungsvolle Rolle in der Revolution. Er begrüßte den Bundesausschuss als die Vertretung der Gewerkschaften, die eine der stärksten Stützen des jungen republikanischen Staates sind. Auch diese Tagung möge den Aufgaben dienen, welche die Gewerkschaften in der Republik zu erfüllen haben.

Der Vorsitzende des Ortsausschusses Kiel, Kollege B ü t t c h e r, begrüßte den Bundesausschuss im Namen der Organisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des ADGB-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, die zusammen 30 000 Organisierte in ihren Reihen zählen, sowie im Namen der vielen von der Kieler Arbeiterschaft geschaffenen Einrichtungen. Büttcher betonte, daß die Löhne und Arbeitsbedingungen der Werkarbeiter, die nun schon seit zehn Wochen in schwerem Kampfe stehen, von entscheidender Bedeutung für die Lage der Arbeiterschaft in den übrigen Industrien sind. 11 000 Arbeiter in Kiel sind arbeitslos, eine Zahl, welche die Größe des Kampfes beweist und zugleich zeigt, in einer wie schweren Notlage die Kieler Arbeiterschaft, die unter den Folgen des verlorenen Krieges besonders zu leiden hat, sich schon seit Jahren befindet. Büttcher ging dann noch im einzelnen auf die überaus erfreuliche Entwicklung des Allgemeinen Konsumvereins in Kiel ein.

Leipart dankte im Namen des Bundesausschusses dem Vertreter der Stadt, dem Oberpräsidenten und dem Führer der Kieler Gewerkschaften für die herzlichen Worte der Begrüßung. In diesem Dank schloß er auch besonders die Verwaltung des Gewerkschaftshauses und die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung ein. Die Gewerkschaften werden sich bei ihrer ganzen Tätigkeit so auch auf dieser Tagung stets bemühen, daß sie mit der entschiedenen Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft den Dienst am Wohle des ganzen Volkes verbinden müssen.

Dann erteilte er dem Mitglied des Bundesvorstandes, W i l h. E g g e r t, das Wort zu seinem Vortrag über „Staat und Wirtschaft“, dessen Hauptgedanken wir schon in voriger Nummer in dem Artikel „Staat und Wirtschaft“ abgedruckt haben.

Nach dem Referat Eggerts sprach in der Diskussion Aug. S c h m i d t vom Bergarbeiterverband. Man könne die Angaben der Unternehmer über die Lage der Industriezweige, die sie bei Lohnbewegungen machen, nicht mit Vertrauen aufnehmen. Es sei nötig, die Möglichkeit der Nachprüfung zu schaffen. Anfänge hierzu seien durch den Reichskohlenrat und Reichskalktratt gegeben. Die Verbesserung dieser Einrichtungen befriedige zwar nicht, aber die Ausnutzung ihrer Möglichkeiten gebe doch manchen Einblick in die Arbeitsbedingungen dieser Wirtschaftszweige, die in anderen Industrien fehlen. Schmidt erläuterte die Art, in der die Arbeitervertreter die Möglichkeiten der Gemeinwirtschaftsorgane ausnutzen, durch Beispiele. Die Gegenwehr der Unternehmer gegen eine Durchleuchtung des inneren Betriebes dieser Wirtschaftszweige zeige sich zwar auch innerhalb dieser Körperschaften. Aber die Vertreter der Bergarbeiter dringen mit Nachdruck darauf, daß die Zusammenhänge aufzuklärt werden. Sie werden in ihrem Bestreben dadurch gehemmt, daß die gleichen Möglichkeiten in benachbarten Wirtschaftszweigen fehlen. Sie fordern daher die Ausdehnung des Einflusses gemeinwirtschaftlicher Organe auf andere Industrien. In erster Linie wäre die Hüttenindustrie unter die Aufsicht gemeinwirtschaftlicher Körperschaften zu stellen.

Bernhard von Baugewerksbund erklärt, daß der Staat die Möglichkeit, Einfluß zu nehmen auf die Förderung der Bauwirtschaft, nicht genügend ausnütze. Die öffentliche Gewalt müsse der Bauwirtschaft mehr Aufmerksamkeit zuwenden. Es fehlen in Deutschland angeblich 600 000 Wohnungen, Bernhard schätzt jedoch diese Zahl doppelt so hoch. Er nannte Ursachen, die Art und Umfang des Wohnungsmangels kennzeichnen. Es sind zwar 8 Milliarden — davon 54 Proz. aus der öffentlichen Hand — für den Wohnungsbau aufgewandt worden, aber diese Aufwendungen sind ungenügend und die Wohnungswirtschaft des Reiches ist planlos. Statt die Bauproduktion zu fördern, werde den Bauarbeitern die Arbeitslosenunterstützung gekürzt. Ende März 1928 waren noch und 120 000 Mitglieder des Baugewerksbundes arbeitslos, zurzeit sind 60 000 ohne Beschäftigung. In der besten Bauzeit finden die Bauarbeiter keine Beschäftigungen. Die Hausinspektoren müßten reißend zum Wohnungsbau Verwendung finden. Auch die Landwirtschaft muß dazu herangezogen werden. Wir verlangen ein langfristiges Wohnungsbauprogramm. In den nächsten zehn

Jahren müssen mindestens 300 000 Wohnungen jährlich gebaut werden. In einem großen Plan wird es möglich sein, Kapital und Arbeitskraft rationell zu verteilen und auszunutzen. Die Bauwirtschaft sei eine wesentliche Stütze der Konjunktur, der Weg zu ihrer Belebung führe über die Förderung des Bauens durch Mittel der öffentlichen Hand. Daher sei es auch nötig und zugleich produktiv, Auslandskredite zum Zwecke des Wohnungsbaues heranzuziehen.

R e i c h e l (Metallarbeiter) dankte den Verbänden des ADGB und des ADGB-Bundes sowie „allen guten Kräften des deutschen Volkes“ für die warme und hilfsbereite Sympathie, die sie den kämpfenden Massen in Westdeutschland entgegengebracht haben. Diese Sympathien haben viel zur Aufrechterhaltung des Mutes und zur Stärkung des Vertrauens der Arbeiterschaft im Kampfgebiet beigetragen. Sie werden auch bewirken, daß der Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe in Zukunft eine andre Stellung zum Gedanken des Tarifvertrages einnimmt als bisher. So leichfertig wie diesmal sperren diese Unternehmer die Arbeiter nicht wieder aus. Der Ruf muß lauten: Her mit dem Eisenwerkstattsbund — aber mit einem besseren als wir hatten. Unter dem Eindruck des großen Kampfes wird dieser Ruf stärksten Widerhall finden.

Schmidt (Landarbeiterverband) unterstrich den Gedanken Eggerts, daß das Reich vorsichtiger sein sollte bei der Subventionierung der Wirtschaft. Denn woher kommen diese Summen? Aus der Steuerleistung der breiten Masse! Auch der Freiherr von Linnik hat sich scharf gegen diese Subventionspolitik ausgesprochen, zumal in der Landwirtschaft. Bei der Verteilung der Gelder spielen politische Wohlverhalten und gesichertes Amtsgambieren eine große Rolle. Die Subventionierung geht so weit, daß mit staatlichen Mitteln ausgerechnet in Sachsen Untersuchungsstellen für den Weinbau eingerichtet werden. Subventionspolitik bedeutet Stützung schwacher Betriebe. In den nächsten Tagen werden 200 Millionen angefordert für die zusammengebrochenen Betriebe in Ostpreußen.

Mit Recht ist auch von Eggert auf die Handelsverträge hingewiesen worden. Schmidt trat den Ausführungen von Dr. Hernes entgegen, in denen er eine Erhöhung der Getreidezölle forderte. Die Gewerkschaften können diese Politik nicht mitmachen. Sie wollen Handelsverträge, insbesondere auch einen Handelsvertrag mit Polen. Solche Ausführungen, wie die von Hernes, eskalieren das Zustandekommen eines deutsch-polnischen Handelsvertrages.

Brandes (Metallarbeiterverband) sprach über den Kampf der Werkarbeiter. Gerade in der am stärksten rationalisierten Industrie werden den gleichen qualifizierten Arbeitern, die in anderen Industrien bessere Tariflöhne erhalten, Löhne gezahlt, die um 30 bis 40 Pf. niedriger sind. Es liegt nicht an der Arbeiterschaft und an ihren Organisationen, daß kein Friede geschlossen wird. Es liegt vielmehr an der halbsittigen Haltung nicht etwa der Mehrheit — nein, sondern einer rücksichtslosen Minderheit der Werkunternehmer. Von dieser Seite ist ein Flugblatt in Kiel verbreitet worden, das in seiner schmähigen Kampfesweise gegen die Gewerkschaften nicht überboten werden kann. Mit diesen elenden Mitteln ist das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Gewerkschaften nicht zu erschüttern, noch ist auf diese Weise ein Abschluß des Kampfes zu erreichen. Der Kampf an der Ruhr ist nicht nur ein wirtschaftlicher, er ist auch ein politischer Kampf. Die Unternehmer haben sich verzehret. Die breite Öffentlichkeit stand auf Seiten der Metallarbeiter. Die Unternehmer werden sich auch weiterhin ihren. Sie haben sich einem Schiedspruch unterworfen, über dessen Inhalt sie noch nichts wissen. Gewiß — auch die Gewerkschaften. Es ist ihnen aus wohlverwogenen Gründen nicht leicht geworden. Aber der Mann, der den Schiedspruch fällen wird, ist ein Mann, der das Vertrauen der Gewerkschaften genießt. Der fünfwöchige Kampf wird eine gute Lehre für die Inorganisierten sein. Vor allem zeigt er der Öffentlichkeit, wie wesentlich es ist, einen Einblick in die ganzen Verhältnisse der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie zu gewinnen. Die Schaffung eines Selbstverwaltungskörpers ist notwendig. Dieser Kampf muß wirtschaftlich und politisch der Ausgangspunkt sein für eine Propaganda für die Sozialisierung dieser Schlüsselindustrie.

L a n o w (Holzarbeiterverband) verwies darauf, daß den Gewerkschaften oft der Vorwurf gemacht werde, sie nähmen nicht genügend Rücksicht auf wirtschaftliche Möglichkeiten. Dieser Vorwurf sei ungerecht. Wir wissen, daß auch unsere aus sozialen Erwägungen erhobenen Forderungen „nicht im Namen der Gedanken“ erfüllt werden können. Aber solange das innere Getriebe der Wirtschaft in dieses Dunkel gehüllt ist, solange man uns einen tieferen Einblick nicht gewährt, muß man uns gestatten, daß wir uns bei der Aufstellung unserer Forderungen an ein Kriterium halten, das offen zutage liegt. Dieses Kriterium ist das Wachstum der produktiven Kräfte in einer Zeit, in der die Verbesserung der Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung bei weitem nicht im gleichen Tempo mit diesem Wachstum der produktiven Kräfte fortgeschritten sei. Vermehrte sich jedoch der Umfang der Erzeugung, so müssen auch die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Der Fortschritt der Technik gestattet eine weitere Steigerung der Produktivität, und darum haben wir die Überzeugung, daß die Verbesserung des Sozialprodukts begleitet sein könnte von einer Hebung der Lebenshaltung des Volkes. Soll die größere Menge des Produktionsvertrages Absatz finden, so ist eine Stärkung der Konsumfähigkeit der werktätigen Bevölkerung durch die Erhöhung der Löhne erforderlich.

Nach dieser Debatte wurde die öffentliche Sitzung geschlossen. (Schluß folgt.)

Korrespondenzen

Waffenburg. In der Bezirksversammlung am 11. November war nicht gut besucht. Das Referat hatte Kollege Engel (Witzburg) übernommen. Er gab uns eine Ergänzung auf das in unserer Oktoberversammlung gehaltene Referat des Kollegen Ebert (Münden) über das Thema „Die Wirtschaft und die Arbeiter“, indem er die Frage beantwortete: „Was haben wir zu tun?“. Eingangs gedachte der Vorsitzende ehrend des Todestages Richard Herzels. Als nächster Versammlungsort wurde Mittelberg bestimmt. — Nachmittags fand eine Bezirkslehrlings-tagung statt, die sich eines guten Besuchs erfreute. Auf hier referierte Kollege Engel. In seinem einleitenden Vortrag legte er den Eltern die Rechte und Pflichten des Lehrlings auseinander. Kollege Bader erklärte die aus-gestellten Druckarbeiten. Bei Konzert blieb man bis in die Abendstunden beisammen.

Mugsburg. In unserer aufbesuchten Versammlung vom 10. November wurden zunächst die Kollegen K a n d l e r für 60jährige, R i e h m e r und S t e i n l e für 50jährige ununterbrochene Mitgliedschaft geehrt. Vorsitzender S t i e r würdigte in einer Ansprache die Verdienste der Jubilare, beglückwünschte sie namens der Mit-gliedschaft und dankte ihnen für ihre Treue und Mitarbeit im und für den Verband. Gleichzeitig sprach er den Jubilaren im Auftrag des Verbandes und des Gauvorstandes Glückwünsche aus und handigte den beiden Lehrlingentag das übliche Geschenk des Verbandes und des Gaues für 50jährige Mitgliedschaft aus. Kollege Kändler besorgte heute noch als 82jähriger die Geschäfte des Mitgliedschaftsvereinsboten und ließ diese Tätigkeit außerst ge-wissenhaft und mit Pfißfertigkeit aus. Diejenige Jubilar über-reichte der Vorsitzende aus der Ortskasse ein Geschenk. Kol-lege R i e h m e r dankte namens der Jubilare für die ihnen zuteil gewordene Ehrung. Anschließend hieran wurde dann die Tagesordnung der Versammlung erledigt. Zunächst wurde das Andenken zweier seit der letzten Versammlung verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise geehrt. Drei Kollegen konnten dem Gauvorstand zur Aufnahme empfohlen werden. Die Abrechnung über das dritte Quar-tal erstattete Kassierer S c h m i d; es wurde ihm Entlastung erteilt. Die Versammlung beschäftigte sich dann noch mit den kommenden Tarif- und Lohnverhandlungen und der Verbandsgeneralversammlung. Es folgte noch die Erledi-gung einiger geschäftlicher Angelegenheiten.

Dresden. In der Versammlung am 8. November wurde erstmalig von dem neu gewählten Vorsitzenden Kol-legen S a h l m a n n geleitet. Der auffordernde, ihn und den Vorstand durch regen Versammlungsbesuch und sachliches Ver-halten zu unterstützen. In seinem Bericht über den Gewerkschaftsfortschritt ging Kollege B a u m e i t z e r in leicht verständlicher Weise auf die gehaltenen Referate und ge-fassten Beschlüsse ein. Verursacht durch den Wechsel in der-Gauleitung erfolgte die Berichterstattung zeitlich etwas spät. Doch die sehr rege Aussprache zeigte, mit wachsender In-teresse die Verhandlungen in Hamburg verfolgt worden waren. Hauptächlich das Thema „Wirtschaftsdemokratie“ wurde eingehend besprochen. Den „oppositionellen“ Kol-legen wurde dabei manches treffende Wort entgegen-gehalten. Kollege S c h r o e d e r sprach sodann über „Neu-gestaltung der Verbände- und Ortsunterstützungen“. Fast alle Diskussionsredner brachten zum Ausdruck, daß an einen Abbau des örtlichen Invalidentzuzufusses und der Witwen-unterstützung nicht zu denken sei, solange die zentralen Unterstützungsorgane keinen vollwertigen Ausgleich bringen werden. Weiter müßte berücksichtigt werden, daß sogar heute noch eine ganze Reihe Gau-Zufüsse zur Ortsunter-stützung galten. Allgemein zeigte sich der Wille zur Zah-lung höherer Beiträge für den Ausbau der Invalidentunter-stützung. Eine demnächst stattfindende Vertrauensmännere-rhebung wird sich mit sehr wichtigen tarif- und arbeitsrecht-lichen Fragen zu beschäftigen haben. Die sehr gut besuchte Versammlung wurde geschlossen mit einer Sympathie-fundgebung für die im Kampfe stehenden Metallarbeiter im Nordwesten Deutschlands.

Riel. (Handseher.) Am 9. November ist hier die erste Handseher-Vereinigung im Gau Schleswig-Holstein gegründet worden. Der Gründung war am 28. O-ktober in einer Ortsvereinsversammlung ein Referat des Vorsitzenden der Hamburger Handsehervereinigung, Kol-legen C o h n, vorausgegangen. Der Referent führte in ruhiger, sachlicher Art den Kollegen vor Augen, wie not-wendig es sei, die Kollegen vom Rasten zur besseren Ver-tretung ihrer Interessen in Handsehervereinigungen zu-sammenzuschließen. Die Debatte, an der sich auch Mitglieder anderer Sparten beteiligten, verlief in zukunftsweisendem Sinne. Allgemein ist man auch hier der Ansicht, daß bei zukünftigen Tarif- und Lohnverhandlungen mehr Mühe auf die Belange der Handseher genommen werden muß. Auch soll bei Wahlen innerhalb unserer Organisation be-sonderes Gewicht darauf gelegt werden, daß die Handseher der Stärke entsprechend vertreten sind. Durch Kurse und Vorträge soll die berufliche Ausbildung gefördert werden. Die Versammlung war aus der jungen Kollegen gut be-sucht, die sich reiflos der Sparte anschlossen. Von annähernd 150 Handsehern am Ort sind schon über 80 Mitglieder. Kol-lege S a n d s c h i m p f e wurde zum Vorsitzenden und Kollege A l b e r t S ö n n o w zum Kassierer bestimmt.

Wienitz. In der Versammlung am 10. November war von 85 Kollegen besucht. Nachdem durch den Vor-sitzenden E. S c h o l z eine große Fülle geschäftlicher Angelegen-heiten durchgesprochen war, erfolgte ein Bericht von der letzten Ortsausschusssitzung, wobei ganz besonders auf eine Vortragsreihe über „Wirtschaftskunde und arbeitsrecht-liche Fragen“ aufmerksam gemacht wurde. Der Erstattung des Kas-sienberichts vom dritten Vierteljahr folgte ein Vortrag des Kollegen F e i g e (Wreslau) über das Thema: „Wirt-schaft, Gewerkschaft, Sparte“. In mehr als einleitendem Vortrag legte er sich mit diesen drei Punkten auseinander. Zuerst gab der Referent eine ausführliche historische Dar-stellung, wie das ungeheure Gebilde, das man als Wirt-schaft bezeichnet, entstanden ist und schließlich sein augen-

blickliches Wesen in Kartellen, Syndikaten, Kongernen usw. besonders gründlich und eingehend. Daraufhin befaßte er sich mit den Gewerkschaften, deren Gründung in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Folge der zunehmenden Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft war. Unser Verband erfährt eine besonders eingehende Würdigung, und damit kam der Referent zu dem letzten Hauptpunkte, den Sparten. Alle diese wurden nach ihrem Werden, Zwerden und Zielen untersucht. Zu den bisherigen Sparten trat als letzte die Handseherpartei. Ihre Gründung erwies sich als notwendig, um auch für das Gros unsres Verbandes, die Handseher, bessere Existenzbedingungen zu schaffen. Kol-lege Feige erwähnte besonders die günstige Aufwärts-bewegung der Handsehervereinigungen in den Großstädten, die in diesem Einvernehmen mit den übrigen Sparten stehen. Nachdem eine rege Diskussion über die vom Vor-tragenden erwähnten Gesichtspunkte eingeleitet hatte, wurde vom Kollegen Feige in seinem Schlußwort angeregt, daß sich auch in Wienitz eine Handsehervereinigung gründen möge.

Ludwigshafen a. Rh. In der Bezirksversam-mlung am 28. Oktober in Speier war gut besucht von Kol-legen aus den Druckorten Frankenthal, Grünstadt, Ger-mersheim, Ludwigshafen und Speier. Vorsitzender C a p e r eröffnete die Versammlung mit Begrüßungsworten. Nach einem kurzen Rückblick beglückwünschte er den Ortsverein Speier zu seinem 60jährigen Jubiläum und Kollegen K o l l (Speier) zum 50jährigen Jubiläum. Auch begrüßte er den Kollegen F i e d l e r vom Verbandsvorstand, Gauvorsitzer Conrad (Mannheim), Vertreter aus Mainz, Neustadt a. d. S. und Karlsruhe. Nach einem Viedortrag des Ge-sangsvereins „Gutenbergs“ (Ludwigshafen) wurde der Punkt „Geschäftliches“ erledigt und dabei dreier braver Kollegen ehrend gedacht. Einigen Kollegen wurden vom Vorsitzenden für 25jährige Mitgliedschaft Glückwünsche ausgesprochen. Dann wurden zwei Aufnahmen vollzogen. Der Kassierbericht über das zweite Quartal lag gedruckt vor und wurde ohne Diskussion gutgeheißen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Den Hauptpunkt der Tagesord-nung bildete ein Referat des Kollegen F i e d l e r: „Das heutige Kampffeld der Gewerkschaften“, das reichen Bei-fall fand. In der kurzen Diskussion wurde das Schlichtungs-wesen erörtert, über das der Referent in seinem Schlußwort Lustnuss gab. — Am Nachmittag beging der Ortsverein Speier die Feier seines 60jährigen Bestehens, über deren Verlauf an anderer Stelle bereits berichtet worden ist.

Wg. In eindrucksvoller Feier beging der hiesige Ortsver-ein am 10. November sein 20 j ä h r i g e s B e s t e h e n. Außer 20 Kollegen waren als Gäste anwesend Gauvorsitzer Reiser und Gaukassierer Krause (Königsberg). In seiner Begrüßungsansprache skizzierte Vorsitzender B u c h s t e i n e r den Werdegang des Vereins seit dem Gründungsstage und riefte insbesondere unsere Mitbegründer Kollegen Rudolf Brammer, der sich durch zielbewusstes Eintreten für die Belange unsres Ortsvereins große Verdienste erworben hat. Als besonderen Ausdruck der allgemeinen Wertschätzung überreichte der Vorsitzende dem Veteran eine Blumengabe. Sodann nahm der hier sehr beliebte Gauvor-sitzer Reiser, der seinerzeit den Ortsverein aus der Taufe hob, das Wort. Auch er konnte unsrem Ortsverein ein gutes Zeugnis ausstellen. Als Jubiläumsgabe des Gaues Dimpfungen überreichte er einen Gong sowie den anwesenden Mitbegründern Fritz Buchsteiner, Rudolf Brammer, Richard Broszkat vom Ortsverein gestiftete Diplome. Nach der Fest-sitzung bot ein kräftiges Mahl eine gute Unterlage für den folgenden stilligen Teil. Musik, Gesang und humoristisches wechsellief ab. Erstmalig wurde bei dieser Gelegenheit die „Pillkasser Nationalhymne“ gelungen. In schöner Har-monie verlief der erste Tag. Dem Frühlingsopern am Sonnt-ag folgte am Nachmittag ein gemütliches Beisammensein mit Familie in Sybbas Waldhütte. Auch hier herrschte ein vorbildlicher kollegialer Geist.

Mainz. (M a s c h e n s e h e r.) Am 11. November fand hier im „Gutenbergs“ die diesjährige Wanderversam-mlung für die Bezirke Darmstadt, Mainz, Wies-baden statt, die gut besucht war, namentlich von den aus-gewählten Bezirken. Kollege F r e i s i n g (Mannheim) begrüßte die Erschienenen und besonders den Kollegen Con-rad, der als Gast erschienen war. Danach gab er einen Rückblick auf das laufende Geschäftsjahr, das besonders reich an Arbeit war. In dem Kassierbericht, den Kollege M a n t e l e r erstattete, interessierte besonders die Abrech-nung über das Jubiläum unsrer Gauvereinigung. Dann hielt Kollege R i e d e r (Mannheim) seinen Vortrag über „Tarif — Leistung — Lohn“. Redner gab in vortrefflichen Worten ein klares Bild über diese Themen, insbesondere über das Berechnen im Maschinenbau, zu dem er auch für die einzelnen Maschinensysteme lehrreiche Beispiele ausgearbeitet hatte, die es jedem ermöglichten, sich in dieser Materie zurechtzufinden. Wie getriggert der Vortrag war, bewies der Beifall, der dem Redner für seine Ausführungen zuteil wurde. In einer regen Diskussion, in der auch Kol-lege C o n r a d i einige Fragen beantwortete, wurden dann noch verschiedene Wünsche geäußert für die nächste Wande-rerversammlung, deren Erfüllung Kollege F r e i s i n g zu-sagte. — Nach Schluß der Versammlung bereiteten die Mainz'er Kollegen ihren Gästen noch einige vergnügliche Stunden, zu deren Gelingen der Gesangsverein „Gutenbergs“ und die Musiker der Lehrlingsabteilung Mainz wesentlich beitrugen.

München. (K o r r e k t o r e n.) In der gutbesuchten Ver-sammlung am 10. November wurde zunächst eines in Kompten verstorbenen Kollegen ehrend gedacht, dann wurden verschiedene Mitteilungen der Zentralkommission und der Ortsgruppen zur Kenntnis genommen und die Abrech-nung über das dritte Vierteljahr genehmigt. Am einen kurzen einleitenden Vortrag des Kollegen B l a s e n b e r g über: „Unrichtig angewandte Wörter“, dem er mehrere Beispiele aus Zeitungsnotizen zugrunde gelegt hatte, schloß sich eine längere Aussprache, in der zum Teil die Unnützig-keit solcher Wortanwendungen betont, aber auch die Ent-stechung und Übernahme mancher in den Sprachschatz des Volkes erläutert wurde. Auch über die Schwierigkeit der Aus-metzung und über die Mittel, die dazu ergriffen werden könnten, wurde eingehend debattiert.

München. (D r u c k e r.) Eine Rotationsver-sammlung am 11. November beschäftigte sich eingehend mit dem Rundschreiben Nr. 4 der Zentralkommission und erklärte sich damit einverstanden. Ferner wurden die Kol-legen dafür gemaß, auf Bedingungen zur Ausbildung an Tiefdruckmaschinen einzugehen, die eine Maschinen-fabrik verlangt. In derartigen Angelegenheiten ist der Vorstand vorher zu verständigen, der dann gemüßigten Ausschluß gibt. Für den von München abgereisten Obmann der Rotationsver-einigung wurde Kollege F r a n z S c h ä f f l e r einstimmig gewählt. Unter „Technischem“ brachte Kollege K a n d l i n d e r einige gute Ausführungen über Rotations-bitdruck und die Behandlung des Bogenschnit-tens. Kollege F e l l n e r riefte die Aufforderung an die Kollegen, den neuen Obmann durch vollständigen Besuch der Versammlungen zu unterstützen.

Naumburg. (S a a f e.) (W i e r t e l j a h r s b e r i c h t.) Im letzten Vierteljahr ließ der Versammlungsbesuch viel zu wünschen übrig. In der Julierversammlung wurde die Auf-nahme eines Neuausgelernten vollzogen. Die Berichte vom Gau und von der Generalversammlung der Gauwittwen-kasse riefen lebhaft Debatten hervor. — Das Johannis-fest wurde am 21. Juli gefeiert. Was bezüglich des Ver-sammlungsbesuchs gesagt ist, war leider auch in diesem Falle zutreffend. — In der Versammlung am 18. August wurde die Tagesordnungspunkte einschließlich der Ab-rechnung vom zweiten Quartal ohne Debatten erledigt. Die Versammlung sicherte sich weiterhin zum 24. November einen Filmvortrag der GGG, über deren Eigenproduktion. — In der Septemberversammlung konnte wiederum die Aufnahme eines Neuausgelernten erfolgen. Die Revisionen berichteten von einer unvermuteten Kassenrevision, die zu Beanstandungen keinen Anlaß gab. Der Bericht über eine Bezirksvorstehersonferenz gab Anlaß zu einer lebhaften Debatte über tarifliche Fragen. — Zwei liebe Kollegen und gute Verbandsmitglieder haben wir durch den Tod verloren. Am 22. August verstarb der Seher Kurt Holtorf und am 30. September der Korrektor Franz Fußmann. Letzterer ein Kollege nach alter Buchdruckerart. Ist er doch in über 33jähriger Funktionstätigkeit als Bezirksvor-sitzender unserm Bezirk ein guter Führer gewesen. Das Andenken dieser um die Organisation hochverdienten Kol-legen werden wir in Ehren halten.

München. In unserer gutbesuchten Ver-sammlung am 13. November gedachte Vorsitzender G r ö s c h e n d e s verstorbenen Kollegen Benzin, der 52 Jahre der Organi-sation angehört. Hierauf hielt Parteisekretär R e i c h ein Referat über das Thema „Der Kampf der Arbeiterkraft um die wirtschaftliche und politische Macht“. In vortref-flicher Weise schilderte er Zweck und Ziele der modernen Arbeiterbewegung. In der Hauptsache ging der Referent auf den jetzigen Großkampf in der rheinischen Eisenindustrie ein und schilderte dessen Konsequenzen. Reicher Beifall lobte die Ausführungen. Hierauf erstattete Kollege B r a n d m ü l l e r den Kassierbericht über das dritte Quartal in sehr ausführlicher, einwandfreier Weise, wofür ihm Entlastung erteilt wurde. Zur Unterfütterung unsrer arbeitslosen und invaliden Kollegen zu Weihnacht wurde der Versammlung die Erhebung eines zweimaligen Extraz-beitrags von je einer Mark vorgeschlagen. Dieser Vor-schlag wurde ohne Diskussion zum Beschluß erhoben. Hier-auf wurde noch eine interne Angelegenheit behandelt, der die Versammelten mit großer Aufmerksamkeit folgten.

Böhmek. Das Freie Bildungsinstitut „Armania“ wermitt-elte für unsern Ortsverein einen E x p e r i m e n t a l - v o r t r a g über „Tiefste und höchste Temperaturen“, ge-halten vom Ingenieur H e r m a n n (Leipzig). In klarer, verständlicher Weise wußte der Vortragende durch seine vielen Experimente mit flüssiger Luft die jahrelang erschie-nenen Kollegen und deren Frauen fast zwei Stunden zu fesseln. Er härtete z. B. bei tiefster Temperatur Queck-silber, das es schmelzbar wurde. Im zweiten Teil führte er u. a. das in der Großeisenindustrie angewandte Termit-verfahren durch gelungene Experimente vor. Starker Bei-fall beherrschte den Vortragenden. War schon dieser Vortrag am 18. Oktober nichts Alltägliches, so muß man die Aus-führungen des Redakteurs H e i n r i c h K n a u f (Wetz) „Aus der Berufszeit der Gewerkschaften von 1878 bis 1890“ in der Versammlung am 30. Oktober als ein Erlebnis bezeichnen. Wie ein feuriger Jüngling wußte dieser alte Rämpfe die Leidenszeit der Arbeiterkraft tief-gründig zu schildern und der heutigen Generation die Auf-anwendung daraus zu zeigen. Sein durch Humor aber auch bittere Wahrheiten gewürzter Vortrag überzeugte manchen der zahlreich erschienenen Kollegen. Man ist nicht schon freier Gewerkschaftler, wenn man allwöchentlich seinen Bet-rag zahlt, sondern jeder muß mitarbeiten. Wirtschaft und Gesellschaft neu zu gestalten. Reicher Beifall erteilte der gute Redner. Verlangt wurde, in der nächsten Versamm-lung Stellung zu nehmen zu Anträgen, die die Lohn- und Manteltarifverneuerung betreffen.

h. Schweinfurt. Am 4. November tagten hier die Jung-buchdrucker des Bezirks. Eine Druckfachenausstellung sowie Lehrmaterial von der Fachschule Würzburg boten für manchen Lehrling Aufbringendes und Anregung zum Vor-wärtsstreben. Kollege L e i d i n g e r, Gemeindeführer in Würzburg, unterhielt die Erschienenen mit einem Referat: „Fachschulwesen und Lehrlingsausbildung“. Der Vortrag war in allen Punkten sehr interessant, und der Redner erteilte reichen Beifall. Auch wurde für die Lehrlinge des Bezirks ein Briefpostwettbewerb herausgegeben. — Nach zweifelhäufiger Pause fand im gleichen Lokal die diesjährige H e r b s t - V e r s a m m l u n g statt, wozu Kol-legen aus Schweinfurt, Kissingen, Häßfurt, Gerolzhofen, Neustadt und Hofheim erschienen waren. Kollege F. B r u n n (Schweinfurt) wurde zum Bezirksvorsitzenden gewählt. Das Hauptthema der Beratungen bildete die Invaliden-unterstützung. Als Ort für die nächste Frühjahrs-Bezirks-versammlung wurde Kissingen bestimmt.

Stettin. In unserer Versammlung am 8. November wurde mitgeteilt, daß die Arbeiterbund hier eine Filiale eröffnete. Des weiteren wurde den Kollegen Aufforderung gegeben über überstunden der Lehrlinge. Eine lebhafteste Aussprache entstand über die Manteltarifbindung. Durch

die Verlegung der „Dffseezeitung“ kam es zu Reibungen mit den Gutenbergskindern. Die Streitigkeiten verliefen jedoch zu unsern Gunsten.

Worms, (Maschinenf. u. z.) Eine Wanderversammlung der Mittelrheinischen Maschinenf. u. z. Vereinigung (Sitz Mannheim) fand hier am 21. Oktober statt. Anwesend waren aus: Mannheim 19, Ludwigshafen 13, Hebelberg 9 und Worms 19 Kollegen, zusammen 60. Nach der üblichen Begrüßung durch den Vorsitzenden P. r e i s i n g erstattete dieser den Geschäftsbericht, aus dem ersichtlich war, welches Maß von Arbeit im Laufe des Jahres verrichtet werden muß. Kollege S c h ä f f e r sprach dem Vorsitzenden den Dank der Versammlung für seine aufopfernde Tätigkeit aus. Sodann gab Kollege L a n n e r t den Kassenericht. Nach den Situationsberichten, die von den Kollegen F ü h r b a c h (Hebelberg), S t u t e n b ä u m e r (Ludwigshafen), R i e t h n e r (Mannheim) und S c h ö l e r (Worms) erstattet wurden, konnte festgestellt werden, daß das abgelaufene Jahr recht zufriedenstellend war. Darauf kam man zu dem interessantesten Teil der Versammlung, und zwar zu dem Referat des Kollegen R i e t h n e r: „Tarif — Leistung — Lohn“. Die instruktiven Ausführungen in Bezug auf das Berechnen des Maschinenjahres fanden größte Aufmerksamkeit und reichen Beifall. An diesen Vortrag schloß sich eine lebhaft Diskussion an, die in dem Wunsch gipfelte, die Gewervereinerung möge die in dem Vortrag gegebenen Beispiele zum Berechnen des Maschinenjahres als Richtlinien herausgeben. Der Antrag wurde für spätere Zeit zurückgestellt, da Kollege P r e i s i n g betonte, daß die Zentralkommission in den „Technischen Mitteilungen“ die Berechnungsbestimmungen im November herausgibt. Nach Verlesen einiger Mitteilungen aus den Mitteilungen der Zentralkommission war man am Schluß der regen verlaufenen Versammlung angelangt. Infolge alldies vorgeschrittener Zeit konnten die beiden letzten Punkte der Tagesordnung, „Technisches“ und „Berichtedes“, nicht mehr erledigt werden. — Nachmittags fand ein gemütliches Beisammensein im „Kollengarten“ statt.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Magdeburger Handwerksammer legte der Seherkollege Karl D a m m l ö h l e r aus Quedlinburg die Meisterprüfung ab. — Der Seherkollege A r n o l d E n s h aus Trier legte die Meisterprüfung vor der Handwerksammer Trier ab.

Zur Arbeitsmarktfrage im Buchdruckgewerbe. Die Arbeitslosenzählung in unserm Verband im Monat N o v e m b e r erstreckte sich auf 204 Mitgliedschaften; 24 von diesen mit 1854, Mitglieder fanden keinen Verdienst auf die Hauptverwaltung ein. Die Gesamtmitgliedszahl betrug 82 517 (ohne Sarggebiet und Freistaat Danzig). An Arbeitslosen wurden gezählt 4454 (gegen 4875 im Oktober). Verkürzt arbeiteten 123 Mitglieder (gegen 242 Mitglieder), und zwar bis zu 8 Stunden 73, 9 bis 16 Stunden 11, 17 bis 24 Stunden 32, und mehr als 25 Stunden 7 Mitglieder.

Die Billigkeit muß es bringen. Folgende Notiz aus Nr. 277 des „Börsenkurier Beobachters“ zeigt wieder einmal, daß die Herren National-, Sozialisten, nicht nur politisch, sondern auch geschäftlich konfurrenzlos billig sind. Dort heißt es: „Arbeit finden S y - M ä n n e r (Turnabteilung) und Parteigenossen durch guten Nebenverdienst für nationalsozialistische Drucker, Erfolg sicher, da konfurrenzlos billig. Zeitschriften u. . .“ Wie werden da die Aufträge die Taschen fällen. ! ! Der semitischen Konkurrenz dürfte es dabei ängstlich werden.

Günstiger Börsenhandel. In der Berliner Börse wurden nach dem letzten Monatsausweis sein verschiedene Aktienpapiere des Dienstleistungsgewerbes gehandelt. Hierbei wurde das in Frage kommende Nominalkapital mit 18,7 Millionen Mark errechnet. Die Durchschnittsbilanz betrug 6,13 Proz. im Werte von 1,1 Millionen Mark. Der Kurswert belief sich auf 19,8 Millionen Mark. Die Rendite wurde mit 5,96 Proz. und der Börsenkurs mit 102,86 im Durchschnitt ermittelt. Für die Papierindustrie lagen die börsenamtlich festgestellten Zahlen noch günstiger. Die Anzahl der Gesellschaften, deren Aktien offiziell an der Berliner Börse gehandelt wurden, betrug 24 verschiedene Unternehmungen mit einem Nominalkapital von 129,8 Millionen Mark. An Dividenden wurden 13,2 Millionen Mark (= 10,16 Proz.) ausgeschüttet. Der Kurswert der Aktienpapiere betrug 242,2 Millionen Mark, gleich 186,06 Proz. Die Rendite belief sich auf 5,44 Proz.

Sprachkurse in Berlin. In der ersten Januarhälfte begannen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Winterkurse (Abendunterricht) in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Nächtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird beinhalten: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzgebirg und und Sprachsche; Fremdwörterkunde, „mir oder nicht“, grammatikalische Schwierigkeiten, Satzlehre, Fertigung von Aufsätzen. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Vierteljahrskursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose Kollegen zahlen monatlich 2 M. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Kollegen mit fremdsprachlichen Vorkenntnissen können entsprechenden Kursen für Fortgeschrittene beitreten. Die Kurse werden in folgenden Stadtteilen abgehalten: Norden, Wedding, Osten, Neukölln und Westen. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachschule, Berlin W 57, Zietenstraße 6a.

Die Finanzlage der Arbeitslosenversicherung. Am 30. September war das erste Geschäftsjahr der Arbeitslosenversicherung abgelaufen, und es ist nunmehr ein Überblick über die geschäftliche Lage dieser sozialen Unterstüßungseinrichtung möglich. Im Beiträgen waren von Oktober 1927 bis zum September 1928 718,2 Millionen Mark zu verzeichnen. Dazu traten noch sonstige Einnahmen (Zinsen und dergleichen), deren Höhe 26 Millionen Mark ausmacht. Im ganzen ist also eine Einnahme von 818,2 Millionen Mark erzielt worden. Die Ausgaben hingegen betragen 832,8 Millionen Mark; mithin überstiegen

sie die Einnahmen um 15 Millionen Mark. Trotz der verhältnismäßig günstigen Wirtschaftsentwicklung war das erste Jahr der Arbeitslosenversicherung ein Defizitjahr. Der Kostfaktor der Arbeitslosenversicherung betrug im vorigen Jahre 120 Millionen Mark, wogegen er jetzt unter 100 Millionen Mark liegen wird. Die Wirtschaftslage hat sich verschlechtert, so daß für das laufende Jahr ein noch höheres Defizit herauskommen dürfte. Eine Entlastung glaubt man durch die Einführung einer besonderen Fürsorge für die saisonmäßig beeinflusste Arbeitslosigkeit zu erreichen. Das Risiko der Erwerbslosigkeit der Bauarbeiter und sonstiger Saisonarbeiter soll zum größten Teil vom Reich getragen werden. Für die unter saisonmäßigen Einwirkungen leidenden Arbeitslosen sollen nur sechs Wochen hindurch die normalen Unterstüßungsätze gezahlt werden. Nach deren Ablauf tritt eine Sonderfürsorge ein, die nur im Falle der Bedürftigkeit gewährt wird. Die Leistungen selbst sind niedriger und entsprechen der Arbeitsfürsorge. Die Zeit, in der die Sonderfürsorge geleistet wird, wird allerdings nur zur Hälfte auf die Höchstbezugsdauer angesetzt. Die Kosten der Unterstüßung auf Grund der Sonderfürsorge sollen zu vier Fünftel vom Reich und zu einem Fünftel von der Arbeitslosenversicherung getragen werden. Wird der vorkliegende Gesetzentwurf Gesetz, dann tritt eine nicht geringe Entlastung der Arbeitslosenversicherung ein.

Vor jedem Konditionswechsel sind rechtzeitig Erkundigungen beim zuständigen Gauvorsitzer einzuziehen!
Wer diese statutarische Pflicht unbeachtet läßt, der schädigt die Interessen der Organisation und sich selber, denn er hat die Folgen zu tragen!
(Siehe Druckortverzeichnis in den Verbandsauftragungen auf den Seiten 47 bis 64.)

Folgen der Ausperrung im Ruhrgebiet. Über die Folgen der Ausperrung in der rheinisch-westfälischen Industrie enthält der Bericht des Landesarbeitsamts Westfalen vom 7. Dezember, folgende treffende Ausführungen: „Nach Beendigung der Ausperrung in der Eisenindustrie steht die Wirtschaft vor der Aufgabe, einen weit verzweigten Produktionsprozeß mit seinen aufeinander folgenden Produktionsstufen neu aufzunehmen. Dabei wird die zeitliche Abhängigkeit der verschiedenen Stufen des arbeitsteiligen Produktionsprozesses, die sonst im Kreislauf der Wirtschaft aufgehoben ist, mit ihren Folgen für das Tempo der Arbeitsaufnahme bemerkbar. Nicht alle Arbeiter können gleichzeitig wieder eingestellt werden. Die weiterverarbeitenden Werke müssen teilweise warten, bis die Hochöfen sie mit neuem Rohmaterial versorgt haben; denn die Materiallieferer haben sich während der langen Dauer der Ausperrung, besonders bei den Eisenerzabbauern außerhalb des Ausperrungsgebietes, geleert. Der Verlauf der Konjunkturerweiterung in der nächsten Zeit kann durch die wochenlange Unterbrechung der Produktion in einem der konjunkturfempfindlichsten Wirtschaftszweige wesentlich bestimmt werden. Einerseits ist eine Verstärkung der bisher nur sehr allmählichen Abwärtsentwicklung des Beschäftigungsrates zu erwarten, weil die Unternehmen ihre Betriebe in der rationellsten Weise wieder in Gang setzen werden. Bei kontinuierlicher Entwicklung werden die weniger leistungsfähigen Betriebe nach und nach ausgeschaltet; bei der völligen Neuaufnahme ist die Ausperrung plötzlicher und gründlicher, so daß also die nächste Zeit eine vermehrte Arbeitslosigkeit in den betreffenden Industrien bringen kann.“ Hier wird also bestätigt, daß die Unternehmer diese Ausperrung benutzen, um die Arbeitskraft schärfer zu sieben. Die wenig leistungsfähigen Betriebe werden stillgelegt. Die übrigen werden in der rationellsten Weise ausgebaut. Somit wird sich die Ausperrung als die größte Triebfeder zur Rationalisierung erweisen, allerdings auf Kosten der Arbeiterschaft.

Wo gibt es die meisten Briefmarken? Die Zahl der Briefmarken, die bis heute von allen Staaten der Erde ausgegeben worden sind, beträgt 66 874. Davon entfallen auf Europa 17 089, auf Amerika 13 619, auf Afrika 12 147, auf Asien 10 488 und auf Australien und die verschiedenen Inselgruppen jener Weltgegend 8631. Das Land, das bis heute die meisten Briefmarken ausgegeben hat, ist die kleine mittelamerikanische Republik Nicaragua, die es auf 1183 Marken gebracht hat. An zweiter Stelle folgt Ungarn mit 1095, an dritter Kolumbien mit 1020. Die Türkei, das vierte Land in dieser Reihenfolge, besitzt 900 Marken, Mexiko, das als fünftes folgt, kann 880 Marken aufweisen.

Aus der russischen Industrieaktivistik. Aus einer Tabelle über die Zusammenlegung des administrativen und technischen Personals in der Industrie Sowjetlands ist zu entnehmen, daß in dem russischen polygraphischen Gewerbe ein Personal von insgesamt 72,6 Tausend Köpfen, darunter 62,5 Tausend Arbeiter, beschäftigt sind. Für die Papierindustrie Russlands sind 42,4 Tausend Personen einschließlich 36,4 Tausend Arbeiter nachgewiesen.

Verschiedene Eingänge

„Glühende Welt.“ Gedächtnis von Julius Fersan, zusammengestellt und mit einer Einleitung versehen von Kurt Frensbury. Preis kartoniert 50 Pf., in Einbänden gebunden 1 M. 20 Pf., Leder 2,50 M., Arbeiterjugendverlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8.

„Die materialistische Weltanschauung und ihre Anwendungen.“ Eine allgemeinverständliche Darstellung von W. M. Meines. 128 Seiten. Preis kartoniert 1,40 M., Einbänden 2,20 M., Arbeiterjugendverlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8.

„Kammetent.“ Eine Halbmonatsschrift. Erziehung auf dem zweiten Souabend, Heft 25, Ausgabe A (ohne Eintrittskartenbogen) 40 Pf., Ausgabe B (mit vollständigem Eintrittskartenbogen) 40 Pf., Verlags J. S. H. Tiedt Verlag, O. m. u. S., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

„Der Naturarzt.“ Mit der Beilage „Für unsere Frauen und Mütter“, Nr. 12, 50. Jahrgang, Preis 40 Pf., Herausgeber: Deutscher Bund der Arbeiter für naturgemäße Lebens- und heimische Naturkunde e. V., Schriftleiter: Prof. Dr. med. E. J. Schönerberg, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Zempelhofer Ufer 22.

„Notiz des Berges.“ Balladen, Gedichte und Gesänge von Paul Seg. Ausgabe mit eingeleitet von Walter G. Dichtler. Berlin 1928. 200 Seiten, kartoniert 40 Pf., Balladen 1,50 M., Balladen 9 M., Arbeiterjugendverlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8.

„Wohnungsnotsch.“ Zentralorgan für die Wohnungsnotschfrage aller Städte, Gemeinden, Bauvereinigungen, Wohnungsbaugesellschaften, Mietervereine. In der „Erbsicht“ Märgel. Preis 60 Pf. monatlich, Probeheft umsonst von der Geschäftsstelle Berlin S 14, Sanktstraße 6, kostenlos.

Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber Hamburg, Hoffmannstr. 8, welcher den Lesern unseres Blattes Auskunft und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Bewertung von Schutzmitteln bereitwillig erteilt.

Eintragsfristablauf für die Patentanmeldungen
22. Januar 1929

Patentanmeldungen
(veröffentlicht im „Patentblatt“ vom 22. November 1928):

- Nr. 15a 9 28 905 Intertex Corporation, New-York-Profilin, G. St. A., Matrizen- und Bellenzeugsmaschinen mit einem durch eine Fragabmenordnung hinwärtbar mit dem Beller verbundenen Einstrahlgerät.
- Nr. 15a 9 100 945 Merentischer, Schindlermaschinen G. m. B. G., Berlin N 4, Hauptstraße 26, S. Müller für Matrizen- und Bellenzeugsmaschinen mit Vorrichtungen zum Aufhängen der Matrizen in verschiedenen Höhenlagen.
- Nr. 15d 79 098 Geega Geseh, Belgia-Blauw. Maschinen für die Erzeugung von Druckmaschinen, insbesondere Rotations- und Druckmaschinen.
- Nr. 15d 400 931 Bogkündliche Maschinen G. m. B. G. & Co. (Elektr.) A.-G., Wägen 1. S., Vorrichtung zum Anhängen der Druckereizugnisse von „Druckmaschinen“.
- Nr. 16i 400 932 Karl Wöber, Wägen 1. S., Verfahren zur Verlegung von Druckformfüllungen unter Verwendung von Blöckstoff.
- Nr. 15a 1 058 120 Julius Geiger G. m. B. G. und Wilhelm Geiger, Stuttgart, Brühlstraße 24, Vorrichtung zum Aufhängen von Gebirgen, insbesondere an Blei- und Wellenlinien für Druckerzeugnisse.
- Nr. 15d 058 028 Kurt Wöber, Wägen 1. S., Vorrichtung zur Verlegung von „Bleiblenen“ für Druckmaschinen.
- Nr. 15d 1 058 128 Joseph Korn, Dresden, Friedrich-Wilhelm-Strasse 78, Vorenaufhängvorrichtung für Vorkastlinder-Blauwässer.

Bestorben

- In **Altenburg** am 8. Dezember der Sehermahlbe Dstaf Bentz, 74 Jahre alt.
- In **Berlin** am 3. Dezember der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Buchdrucker Joseph Seib aus Mettenhöfen, 64 Jahre alt — Lungenerkrankung.
- In **Bremen** am 9. Dezember der Seher Wilhelm Volk aus Galbe a. B., 64 Jahre alt.
- In **Breslau** am 30. November der Maschinenf. u. z. Paul Kulka, 68 Jahre alt — Schlaganfall.
- In **Chemnitz** am 5. Dezember der Seher Max Bentz aus Annaberg, 39 Jahre alt — Magen- und Darmleiden.
- In **Dresden** am 26. November der Seher Max Bentz, 71 Jahre alt.
- In **Düsseldorf** am 3. Dezember der Maschinenf. u. z. Rudolf Volk aus Nützingen, 44 Jahre alt — Herzschlag.
- In **Erfeld** am 3. Dezember der Maschinenf. u. z. Fritz Volk aus Erfeld, 61 Jahre alt — Herzschlag.
- In **Gelsen** am 28. November der Schweizerbeagen Rudolf Roth, 28 Jahre alt.
- In **Greifswald** am 10. November der Druckermahlbe Rudolf Reintz, 70 Jahre alt.
- In **Kirchheim** am 7. Dezember der Seher Emil Dreier, 22 Jahre alt — Lungenleiden.
- In **Leipzig** am 22. November der Seher Willi Herzog aus Gersdorf, 39 Jahre alt; am 25. November der Seher Karl Wittmann aus Leipzig, 49 Jahre alt; am 26. November Adolf Wendt, 70 Jahre alt.
- In **München** (Bayern) der Buchdruckerbesitzer Albert Dill, 71 Jahre alt.
- In **Hannover** a. B. E. am 8. Dezember der Buchdrucker Otto Eick, 60 Jahre alt.
- In **Frankfurt** am 1. Dezember der Schweizerbeagen Max Dorn aus Trarbach, 60 Jahre alt.
- In **Saarbrücken** am 5. Dezember der Maschinenf. u. z. Peter Gmein, 61 Jahre alt — Herzschlag.
- In **Stralsund** am 3. Dezember der Seher Bruno Dillmann, 61 Jahre alt.
- In **Wesel** am 28. November der Drucker Hermann Seemann aus Rosfeld, 49 Jahre alt — Herzschlag.

Briefkasten

W. S. in G.: Über Pies (Erfeld, 1848) ist noch eine nicht hinreichende Erwähnung in H. J. H. über Siedler (Witten, 1848) nach keine direkte Mitteilung vor, aber es soll etwas unternommen sein, worüber nun auch zu der Mitteilung gemacht werden muß. Die vielen Anfragen, Thomas Welschbach (Witten, 1800) auf die Spur zu kommen, hatten immer noch keinen Erfolg. — **H. J. in H.:** Witten Anst. für Ihre großen Bemühungen auch in diesem Sinne, dankt Ihnen für die wiederum erlangten Nachrichten. Dieser Brief soll nunmehr mit allem vertreten. Für freundliches Ansehen steht vor allem die Zeit. Die Ereignisse seit dem 3. Dezember in unserm Verbande haben einmal wieder Stillstand auf dem Gebiete gebracht, das so außerordentlich viel Zeit erfordert. Briefliche wird nachdem darauf zurückgekommen. — **H. J. in H.:** Es wird natürlich zu berücksichtigen, wenn auch vor allem in der Zeit, was in Witten bekannt werden könnte. — **H. J. in H.:** Ich danke Sie sehr herzlich für freundliches Ansehen, das mich sehr dankbar auf die angelegten Nachforschungen zu einem Ergebnis führen. — **H. J. in A.:** Karl Matz (1848) wird unter diesen Umständen auch ohne Geburts- und Sterbejahr in die Buchdrucker-Bibliothek aufgenommen. Es ist dem allerdings, daß er in der Zeit der Aufnahme noch nicht seinen Lebenslauf vollständig erwirkt werden konnte. Wenn Sie für freundliche Bemühungen. — **H. J. in A.:** Für freundliche Anfrage über Piesdorf; zum Verbandstag in Frankfurt a. M. Hoffentlich geht alles in fernem Landen. — **H. J. in A.:** Laut Bekanntgabe in Nr. 98 ist der 10. Dezember Einigungsdatum für die Delegiertenversammlungen von 1848 und 1899. Was schon angebracht ist, muß ich anfragen. Wo aber nichts zu holen war oder an die Zeit, nach nichts unternommen wurde, da sage man doch endlich, was ist. — **W. S. in H.:** Ist dort etwas bekannt über den Tod und die Familienverhältnisse des verstorbenen Kollegen Christoph Vitz? Er soll dort von 1870 bis 1890 in Konstantin gewesen sein. Es geht aus den Adressenanfragen eines Internierten. — **H. J. in A.:** Jnh. 1847: 7. 10. 1847. — **H. J. in G.:** Jnh. 1847: 7. 10. 1847. — **H. J. in H.:** Jnh. 1847: 7. 10. 1847. — **H. J. in H.:** Jnh. 1847: 7. 10. 1847. — **H. J. in H.:** Jnh. 1847: 7. 10. 1847. — **H. J. in H.:** Jnh. 1847: 7. 10. 1847.

